Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2148 2149 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 885.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe 2½ mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-Sammel-, Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg. Bez. Münster 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — Montag, den 12. Dezember 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1231

Der Reichshaushalt für 1928.

w **Berlin**, 10. Dez. In wenigen Tagen wird der vom Reichsrat nunmehr genehmigte Reichshaushaltsplan für 1928 im Reichstag zur Erörterung gelangen. Wir sind heute in der Lage, aus dem in seinen großen Zügen bereits in die öffentliche Erörterung gelangten Budget einige Angaben zu machen, die sich besonders auf die Verschiebungen gegenüber dem Etat für 1927 beziehen. Im ordentlichen Haushalt zeigt sich ein Anwachsen der vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben von 8659 auf 9356,4 Millionen RM., im außerordentlichen eine Verminderung auf beiden Seiten von 476,2 auf 146,3 Millionen. In dieser Summe sind enthalten: 1247,2 gegen 898,7 Millionen für Reparationszahlungen, d. h. der Haushalt ohne die Steigerung der Reparationszahlungen ist nur um etwa 9 Millionen höher als der vorjährige. Zieht man Steuerüberweisungen und Reparationszahlungen ab, so ergibt sich eine Verminderung der gesamten Ausgaben um 305,9 Millionen, von denen 36,4 auf den ordentlichen Haushalt, der Rest auf den außerordentlichen entfällt. Die Summe der inneren Kriegslasten steigt von 198,2 auf 209,8 Millionen.

Am stärksten gewachsen sind die Steuerüberweisungen an die Länder, nämlich von 2892,9 auf 3217,8, also um 324,9 Millionen, am stärksten vermindert ist der Posten der einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat, nämlich von 829,1 auf 452,3, d. h. um 376,8 Millionen.

Unter den Einnahmen des außerordentlichen Haushalts ist bei Wegfall der vorjährigen Einnahme von 466,4 Millionen aus der Anleihe eine Einnahme von 146,3 Millionen aus verschiedenen Rückzahlungen zu verzeichnen: aus der Verwendung der Mittel der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge, aus einem Darlehen an die Reichsbahngesellschaft und aus Ueberschüssen des Rechnungsjahres 1927.

Bei den einzelnen Kapiteln des ordentlichen Haushalts interessieren folgende Ausgabenerhöhungen gegenüber dem Gesamtsoll für 1927: beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Erhöhung der Ausgaben zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und zu wissenschaftlichen Arbeiten um etwa ½ auf 3 Millionen, desgleichen beim Reichsverkehrsministerium eine Erhöhung des Fonds für wissenschaftliche und allgemein wirtschaftliche Zwecke des Luftfahrtwesens um rund 11 auf 19,5 Millionen. Bei den einmaligen Ausgaben erhöhen sich beim Reichswirtschaftsministerium die Kosten der Enquete um rund 1,1 auf 1,43 Millionen, diejenigen der Statistik um 0,8 auf 1,8 Millionen. Zahlreiche Mehranforderungen sind auch für Instandhaltung und Verbesserung der Verkehrsmittel, besonders der Wasserwege entstanden. Im außerordentlichen Haushalt sind für die Vollendung des Mittellandkanals ungefähr in vorjähriger Höhe 24,5 Millionen angefordert, für den Oder-Spree-Kanal 1,3 Millionen.

Aufschlußreich ist weiter eine Beilage, aus der sich der Stand der rückständigen und gestundeten Steuern, Zölle und Abgaben am 1. Oktober ergibt. Ihre Gesamtsumme beträgt 611 962 142 Mk., davon gestundet 310 695 388 Mk. oder etwa 4 Prozent des Gesamtsolls an Steuern und Abgaben. Die größten Beträge stellen bei diesen Rückständen die Einkommensteuer mit fast 200 Millionen, die Körperschaftssteuer mit 49,2, die allgemeine Umsatzsteuer mit 75,8, die Vermögenssteuer mit 48,5, die Erbschaftssteuer mit 57, die Gesellschaftssteuer mit 25 und die Obligationssteuer mit 34,4 Millionen. unter den Zöllen und Verbrauchsabgaben stehen die Tabaksteuer mit 58,3, die Zölle mit rund 50 Millionen obenan.

Neue Dispositionen zur Etatsberatung?

w **Berlin**, 10. Dez. Nach den ursprünglichen Absichten über die weitere Behandlung des neuen Haushaltsplanes wollte man am 14. Dezember die Ausschußberatungen des Reichsrates abschließen und den Etatsentwurf am 15. Dezember dem Reichsratsplenum vorlegen. Wir berichteten an dieser Stelle schon, daß man weiter mit einem dreitägigen Arbeitspensum des Reichsrates für den Etat rechnete, so daß der Reichstag die erste Lesung am 19. Dezember, kurz vor Ferienbeginn vornehmen sollte. Nun erfahren wir aber aus parlamentarischen Kreisen der Regierungskoalition, daß man erwägt, ob die Lesung des Etats von 1928 erst durch den Haushaltsausschuß des Reichstages vorbereitet werden soll, ehe man ihn zur ersten Lesung dem Plenum gibt. Das würde bedeuten, daß man also mit der Beratung des Etats beginne, ehe er dem Plenum vorgelegen hat. Ob sich allerdings die Oppositionsparteien mit dieser neuen Disposition zufrieden geben werden, ist noch nicht zu übersehen. Immerhin hätten sie dann eine Gewähr für die rechtzeitige Bearbeitung des Etats für den Verzicht auf die erste Lesung in der Vollversammlung eingetauscht. In Kreisen der Regierungskoalition ist man der Auffassung, bei der ersten Lesung im Reichstage würden doch nur allgemeine und grundsätzliche Reden gehalten, während im Haushaltsausschuß gründlichere und auch praktischere Arbeit geleistet werden könnte.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit.

tu **Berlin**, 10. Dez. **(Tel.)** Amtlich wird bekanntgegeben: Die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die in jedem Winter einzutreten pflegt, macht sich jetzt infolge der winterlichen Witterung der letzten Wochen in vollem Umfange bemerkbar. Der Zugang an Arbeitslosen kommt in der Hauptsache von den Außenarbeiten in den Saisonberufen, die jetzt fast überall eingestellt worden sind; er tritt demgemäß vor allem in den ländlichen Bezirken in Erscheinung. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 30. November rund 605 000 (männlich 507 000, weiblich 98 000) gegenüber 395 000 am 15. November. Sie ist also um rund 210 000 oder um 53,2 Prozent gestiegen. Wesentlich geringer ist die Zunahme in der Krisenunterstützung; hier stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 126 000 am 15. November auf 147 000 (männlich 120 000, weiblich 27 000) am 30. November. Das bedeutet eine Steigerung von rund 21 000 oder 16,7 Prozent. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist also vom 15. bis 30. November insgesamt um rund 231 000 auf 752 000 (männlich 627 000, weiblich 125 000) oder um 44,3 Prozent gestiegen.

Deutsches Reich

Friedrich von Moltke gestorben.

tu **Breslau**, 10. Dez. **(Tel.)** Im Alter von 75 Jahren ist heute der frühere preußische Minister des Innern, Friedrich von Moltke, auf seinem Landgut in Klein-Bresa gestorben. Friedrich von Moltke war der Bruder des früheren Generalstabschefs und Neffe des Generalfeldmarschalls von Moltke.

Reichssteuerverteilung an die preußischen Gemeinden.

tu **Berlin**, 10. Dez. **(Tel.)** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, gibt der preußische Minister des Innern folgende Steuerverteilungen bekannt:

a) Einkommensteuer (17. Ek. 1927, Abschlag für November und Dezember) auf jeden Rechnungsteil für die Gemeinden 0,59 Rpf. für November, 0,21 Rpf. für Dezember, insgesamt 0,80 Rpf.; für die Landkreise 0,11 Rpf. für November, 0,03 Rpf. für Dezember, insgesamt 0,14 Rpf.; für die Prov.-(Bez.-)Verbände 0,05 Rpf. für November, 0,01 Rpf. für Dezember, insgesamt 0,06 Rpf.

b) Dotationen (17. Dot. 1927, Abschlag für November und Dezember) Gesamtbetrag 1 842 700 RM. für November, 657 300 RM. für Dezember, insgesamt 2 500 000 RM.

Unter Zugrundelegung der bekannten Schlüsselzahlen kann jede Gemeinde und jeder Gemeindeverband den zustehenden Betrag errechnen.

Pressetagung der deutschen Zentrumspartei.

Die Versammlung billigt die Grundsätze der Partei.

S **Berlin**, 11. Dez. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftltg.)** Am heutigen Sonntag fand in Berlin die große Pressetagung des Zentrums statt, zu der die Zentrumspartei in Verbindung mit dem Augustinusverein eingeladen hatte. Sie hat die Aufgabe, den ganzen wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Fragenkreis zur Aussprache zu stellen, der gegenwärtig unsere gesamte Innenpolitik beherrscht. Den Verhandlungen sind die Schriftleiter und Verleger der deutschen Zentrumspresse aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreich gefolgt. Eine besondere Note hatte diese Tagung, weil zum ersten Male nach dem Abschluß der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft auch Mitglieder der Bayerischen Volkspartei und bayerische Pressevertreter den Verhandlungen beiwohnten. Zunächst hatte Reichskanzler Dr. Marx den Vorsitz, den er später an den Vorsitzenden des Augustinusvereins, Verleger Dr. Lensing, abtrat. Zahlreiche Mitglieder des Reichstagszentrums wie auch des preußischen Zentrums und der Bayerischen Volkspartei waren in der Sitzung anwesend. Reichskanzler Dr. Marx begrüßte die Erschienenen und vor allem recht herzlich die Vertreter der Bayerischen Volkspartei, wobei er bei der ganzen Versammlung besonders lebhaften Widerhall fand. Obwohl die Tagung in der Hauptsache der Erörterung von Wirtschaftsfragen gewidmet sein sollte, um gerade in diesen Fragen eine einheitliche Linie zu finden, hielt es der Reichskanzler doch für notwendig, auch über die allgemeine politische Lage zu sprechen. Er erörterte dabei die Nervosität, die insbesondere von der Oppositionspresse an den Tag gelegt wird. „Wir haben die Verpflichtung," so führte er u. a. aus, „in Ruhe die politischen und parlamentarischen Aufgaben, die vor uns liegen, zu meistern, um der Interessen der Gesamtheit willen. Vor Juli oder August nächsten Jahres dürfte normalerweise und zweckmäßigerweise ein Ende der Arbeit nicht gegeben sein. Ob sich der Reichstag dann auflöst oder nicht, steht in erster Linie bei ihm selbst. Wie in den letzten drei Jahren, so muß auch in diesem Jahre alles daran gesetzt werden, den Etat rechtzeitig zu verabschieden, um niemandem auch nur einen Vorwand für den Verdacht zu geben, daß Deutschland keine geordneten Verhältnisse herbeiführen wolle. Wünschenswert wäre sicherlich auch noch die Fertigstellung des Strafgesetzbuches, schon wegen des einen großen überwiegenden Gedankens, der in der Zusammenarbeit mit Deutsch-Oesterreich liegt."

Mit besonderem Nachdruck besprach der Kanzler des weiteren die Lage innerhalb der Partei, die ebenfalls zur Zeit recht schwierig ist und ihre Ursache in den allgemeinen Schwierigkeiten der politischen und wirtschaftlichen Lage hat. Der Kanzler stellte folgende Grundsätze voran:

Die Zentrumspartei ist von jeher eine Verfassungspartei gewesen. Sie war weder eine monarchistische, noch will sie eine republikanische Partei sein. Nur weil wir eine Verfassungspartei waren, haben wir auch die Verfassung von Weimar anerkennen und gutheißen können, weil sie ordnungsgemäß zustandegekommen ist und moralisch und staatsrechtlich absolut verbindlich. Deshalb muß sie von uns anerkannt und befolgt werden.

Das Zentrum ist aber auch eine Partei des wirtschaftlichen, finanziellen und bürgerlichen Ausgleiches. Das Zentrum ist stolz darauf, stets für alle Berufsschichten gesorgt zu haben. Das Zentrum ist weiter stolz darauf, eine wahre Volkspartei zu sein. Es vereinigt alle Stände in sich und es schließt niemand aus, der sich zu seinen Grundsätzen bekennt und in seinem Sinne zu wirken sich verpflichtet. Gerade in der Presse müssen wir dafür sorgen, daß die Unterschiede und Gegensätze, die nun einmal vorhanden sind und ausgekämpft werden müssen, nicht noch vergrößert und verschärft werden. Wir müssen auch den Ausgleich zwischen Beamtenschaft und Arbeiterschaft herbeiführen suchen. Unser Staat ist ohne ein unabhängiges Beamtentum nicht aufrecht zu erhalten. Das Zentrum ist auch von jeher eine politische Partei und keine konfessionelle Partei gewesen. Auch das ist notwendig, wieder einmal auszusprechen. Wir beharren auf dem Standpunkt, daß die konfessionelle Schule aus pädagogischen, also schultechnischen Gründen diejenige ist, die die besten Erfolge für die Erziehung der Jugend gewährleistet.

Die heutige Zeitlage ist wirtschaftlich gesehen ebenso ernst wie 1924. Damals haben auf Grund des Ermächtigungsparagraphen geradezu grausame Verordnungen eingreifen müssen, die dem Ziel der Gesundung dienten und auch erfreulicherweise gedient haben. Heute ist die Lage genau so ernst, das wird aber offenbar in vielen Kreisen verkannt, die nicht sehen wollen und nicht sehen, wie die Dinge wirklich sind. Wir müssen unter allen Umständen den kommenden Etat, an dem wohl niemals so eingehend und gewissenhaft gearbeitet worden ist wie jetzt, einzuhalten suchen, und manche noch so berechtigten und lieben Wünsche müssen zurückgestellt werden, um nicht selbst unsozial zu erscheinen. Die Staatsnotwendigkeiten sind eben voranzustellen. Hier mitzuarbeiten und zum Ausgleich der Gegensätze beizutragen, ist ein der vornehmsten Aufgaben gerade der Presse. Sie hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Kampf, der ausgefochten werden muß, sachlich und in Ruhe geführt wird.

Das Zentrum hat in Deutschland eine große Rolle. Es ist notwendig und gut für unser Volk und Vaterland, daß eine solche Partei hier in Deutschland besteht. Würde sie ihren Platz räumen müssen, dann wären die Folgen für das ganze Volk außerordentlich ernst.

Im Namen des Landesverbandes der Bayerischen Volksparteipresse dankte Dr. Schwend-München für die Begrüßung der bayerischen Vertreter und die lebhafte Zustimmung, die diese Begrüßung in der Versammlung gefunden hat. Gleichzeitig überbrachte er auch die herzlichsten Grüße der Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei und der bayerischen Presse zu dieser Tagung. Die katholische Presse in Bayern habe seit langem diesen Tag ersehnt, an dem beide Parteien auch äußerlich in gemeinsamer politischer Arbeit zusammenwirken. Die eben angeschlossene Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Fraktionen des Reichstages solle, so führte er unter dem Beifall der Versammelten aus, der Mehrung und Stärkung der gemeinsamen Interessen und des katholischen Gedankens dienen.

Sodann wird in die eigentliche Tagesordnung eingetreten und zwar zunächst mit einem Referat des Reichstags-Abg. Univ.-Prof. Dr. Dessauer über die Wirtschaftspolitik des Zentrums. Der Referent behandelte dieses Problem unter besonderer Berücksichtigung der grundsätzlichen Scheidung zwischen Liberalismus und Sozialismus. Alsdann entwickelte er ein bis jetzt in der Zentrumspartei noch nicht bestehendes Wirtschaftsprogramm auf dem gegebenen Boden der christlichen Grundsätze und des Programms der Zentrumspartei. Für die überaus wichtigen und bedeutungsvollen Ausführungen des Redners (über die wir noch eingehend berichten werden. D. Red.) stattete der Vorsitzende Dr. Lensing den Dank der Versammlung ab.

Daraufhin trat man in die Diskussion ein, die zunächst einige Erörterungen über den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftslage im Ruhrgebiet, besonders im Hinblick auf die Vorgänge in der Eisenindustrie, brachte. Auch Reichskanzler Dr. Marx ergriff dabei das Wort, um zu betonen, daß von Regierungsseite die Lage noch nicht so weit gereift sei, um eine Entscheidung zu treffen. In der allgemeinen politischen Debatte wurden alsdann einige aktuelle Fragen herausgehoben, zu denen sich der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister eingehend äußerten. Namentlich handelte es sich dabei um die Wahlrechtsreform, um die Tätigkeit des gegenwärtigen Kabinetts nach der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Seite hin, insbesondere auch um die Beamtenbesoldungsfrage und dergleichen mehr. Auch Abg. Dr. Stegerwald ergriff noch zum Schluß das Wort, um zu den wichtigen, die Oeffentlichkeit bewegenden Problemen Stellung zu nehmen. Er berührte dabei auch die Frage der Beamtenbesoldung und die im engsten Zusammenhang damit stehende Verwaltungsreform, die Anleihepolitik besonders der Kommunen, den Kampf mit der Großeisenindustrie usw. Auch seine Ausführungen fanden lebhaftes Interesse.

Die Verhandlungen selbst schlossen gegen 7 Uhr ab, um am Montag morgen 9 Uhr ihren Fortgang zu nehmen.

Arbeiterschaft und politische Lage.

Eine Tagung des Arbeiterbeirats der Westfälischen Zentrumspartei.

vk **Hamm**, 11. Dezember.

Am gestrigen Sonntag fanden sich im katholischen Vereinshaus die Mitglieder des Arbeiterrats der Westfälischen Zentrumspartei zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. Oberpräsident Gronowski, Regierungspräsident Dr. Amelunxen, Generalpräses Domvikar Marx-Paderborn, die Reichstagsabgeordneten Imbusch, Schulz-Bochum, Becker-Arnsberg, die Landtagsabgeordneten Metzinger, Eilert, Sprenger und Brockmann.

Nachdem der Vorsitzende des Arbeiterbeirats, Stadtrat **Mengelkamp**-Dortmund die Versammlung mit herzlichen Worten begrüßt hatte, übernahm Arbeitersekretär **Riesener**-Gladbeck die Leitung der Verhandlungen. Er wies darauf hin, daß gerade die Arbeiterschaft heute mit Wachsamkeit die politischen Vorgänge verfolgen müsse, da Kräfte am Werke seien, den Aufstieg der Arbeiterschaft zu hemmen.

Als erster Referent ergriff

Stadtrat Mengelkamp

das Wort zu einem Vortrag über das Thema

„Christliche Arbeiterschaft und Politik".

Nachdem er die Grundauffassungen einer christlichen Arbeiterpolitik skizziert und dabei ein Bekenntnis zur Weimarer Verfassung abgelegt hatte, erklärte er: Unsere Grundeinstellung deckte sich mit dem Programm der Zentrumspartei. Jedoch ist in letzter Zeit öfter in der Arbeiterschaft berechtigte Besorgnis wach geworden, die ihren Grund hatte nicht nur in der schwierigen Lage des Volkes, sondern auch in den Koalitionen, auf welche die Partei angewiesen ist, zum Teil auch in mangelhafter Befolgung der Zentrumsgrundsätze einzelner Abgeordneten in bestimmten Fragen, sodann auch in mangelhaft entwickelter demokratischer Gesinnung einzelner Zentrumsanhänger, die noch nicht ganz aus dem kastenmäßigen Gefühl herauskönnen, vielleicht auch in einer Unkenntnis der Not der breiten Volksschichten. Es sind unseres Erachtens infolge des bisherigen Listenwahlsystems Abgeordnete in die Zentrumsfraktion gekommen, die keine rechte Fühlung mit dem Volke hatten und auch kaum mit dem Volke suchten. Dieses gilt für alle Parlamente, Reich, Staat und viele Kommunen. Insbesondere ist im letzten Jahre die Arbeiterschaft im Zentrum erregt worden über die Rechtsparteien, mit denen das Zentrum durch die Schuld der Sozialdemokraten eine Koalition einzugehen gezwungen war. Diese Rechtsparteien haben geoffenbart, daß in ihnen wenig oder gar kein ernster Wille ist, der Verfassung gemäß den Ausbau des sozialen und demokratischen Volksstaates zu fördern, daß sogar führende Vertreter der DNVP. offen trotz Richtlinien gegen den Volksstaat und seine Verfassung wirken und den früheren monarchistischen Klassenstaat mit seinen unberechtigten Besitz- und Bildungsprivilegien wiederherstellen wollen. Es kann unter den Arbeiterzentrumswählern nicht der Unwille unterdrückt werden, daß verschiedene Zentrumsabgeordnete jenen Bestrebungen nicht stark genug entgegentreten.

Auf der anderen Seite sehen wir unter den Zentrumswählern solche, die eine falsche, lebensunwirkliche Deutweise offenbaren und an die Partei sowie an Parlament und Regierung Forderungen stellen, die im besten Falle etappenweise erfüllt werden können. Ebenso ist zu beklagen, daß Zentrumsanhänger unter den Einfluß der sozialistischen Agitation geraten sind. Sie beachten nicht, daß uns von der Sozialdemokratie, was letzte Grundsätze angeht, ein Abgrund trennt. Wir sehen die Republik als solche weniger in Gefahr. Der Kampf dreht sich augenblicklich um den inneren Ausbau der Republik. Wenn die Rechtsparteien in der Koalition mitmachen, dann nur, um von ihrem Standpunkt aus die Republik zu beherrschen und zu verwalten. Die Vorwürfe aber, die von gewissen Kreisen, besonders von der Sozialdemokratie, jetzt der Zentrumspartei gemacht werden, können wir nicht anerkennen, wir müssen sie entschieden zurückweisen. Wenn es der Sozialdemokratie wirklich so ernst ist um die innere Ausgestaltung des Volksstaates, warum hat sie dann 1924 Wirth gestürzt? Warum ist sie im vergangenen Winter nicht in die Regierung mit eingetreten?

Wenn heute das Zentrum mit Rechts regiert, dann ist daran die Sozialdemokratie schuld. Die parlamentarische Arbeit in diesem Sommer hat bewiesen, daß auch mit Rechts gute soziale Gesetze gemacht werden können. Das Arbeitsgerichtsgesetz ist eine sozialpolitische Tat, ebenso das Arbeitslosenversicherungsgesetz, auch das Arbeitszeitnotgesetz, das von den Sozialdemokraten bekämpft wurde, wird von ihnen jetzt in der Praxis vertreten und verteidigt. Diese sozialen Erfolge verdanken wir den Vertretern des D. G. B. im Parlament, besonders aber unseren Arbeitervertretern in der Zentrumspartei. Das soll und muß heute in aller Öffentlichkeit gesagt werden, daß wir als Arbeiterzentrumswähler restlos mit dem größten Vertrauen hinter unseren Führern stehen.

Wir stehen zu Stegerwald, Joos, Imbusch, Becker, Hirtsiefer, Gronowski und Metzinger und alle anderen, die aus unseren Reihen im Reichs- und Landtag und sonstigen politischen Körperschaften für uns wirken.

Die Stärke der Zentrumspartei liegt darin, daß sie in der Weltanschauung einheitlich verbunden ist und die verschiedensten Stände in sich vereinigt. Aber auch hierin liegt ihre Schwäche. Trotz aller Würdigung vermissen wir als Arbeiter doch heute noch die politische und gesellschaftliche Gleichwertung des Arbeiterstandes. Auch vermissen wir diese Gleichwertung in der Zentrumspartei. Der Fall Schlack, der vor Jahresfrist in Köln spielte, beweist doch, daß wir alles andere, nur nicht gleich bewertet werden. Dasselbe haben wir jetzt wieder gesehen bei der Besetzung der Landesarbeitsämter.

Wie der Arbeiter bewertet wird, haben uns die letzten Wochen gezeigt. Mit welcher Brutalität wurden die Tabakarbeiter ausgesperrt? Wo waren die Stimmen der anderen Stände, die für diese notleidenden Arbeiter eintraten? Nirgends. Bei der Beamtenbesoldung haben wir ähnliches erlebt. Wo sind die Stimmen aus den anderen Ständen in der gegenwärtigen Stunde, wo die Großindustrie einen Machtkampf entfesselt, welcher unser Volk in ein nie geahntes Unglück stürzen kann. Wenn wir die Vorgänge, wie sie sich in letzter Zeit im politischen Leben abspielen genau beobachten, dann sind die Besorgnisse der Zentrumsarbeiter, die doch der Partei den größten Teil der Wähler stellen, wohl berechtigt. Dieselben bekämpfen wir alle Versuche, bestimmte Volksschichten, zu Ungunsten der großen Masse des arbeitenden Volkes ungebührlich auf wirtschaftliche Vorteile zu bevorzugen. Aus dieser unserer Grundeinstellung aus erklärt sich auch unsere Stellungnahme zur Beamtenbesoldung.

Mit aller Deutlichkeit müssen wir auch eine Verbesserung und Veredelung unseres Wahlrechts fordern. Ein Zweites: Eine Vereinheitlichung der Verwaltung des Deutschen Reiches muß unbedingt energisch gefordert werden.

Wenn wir uns so grundsätzlich zum politischen Leben stellen, dann liegt kein Grund für die katholische Arbeiterschaft vor, der Zentrumspartei abtrünnig zu werden sondern unsere Aufgabe muß sein, nun erst recht hinein in die Zentrumspartei. (Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Redner sprach

Bezirksleiter Heeke, Münster

über das Thema

„Praktische Zentrumspolitik"

Aus seinem umfangreichen Referat geben wir folgende Gedanken wieder:

Wir bekennen uns zur Volksgemeinschaft in Staat und Wirtschaft. Dieses Bekenntnis verpflichtet uns, gibt uns aber auch Rechte. Die große Bedeutung des Arbeiterstandes und die der Arbeitsleistung für die Gemeinschaft, also für die menschliche Gesellschaft, wird uns besonders klar, wenn wir uns die fleißige Arbeiterhand im Wirtschaftsprozeß einmal fortdenken. Wenn keine Arbeitskraft in Werkstatt und Betrieb zur Dienstleistung mehr vorhanden wäre, so würde die Wirtschaft erstarren und damit würde alles Leben in kurzer Zeit ertötet sein, um nicht weniger, als wenn das Kapital plötzlich nicht mehr vorhanden sein würde. Eigentum verpflichtet, verpflichtet auch uns, verpflichtet aber auch andere. Wir haben unser Eigentum, die Arbeitskraft, restlos den Lebensnotwendigkeiten, der Gemeinschaft an Staat und Wirtschaft zur Verfügung gestellt.

Wenn aber der Arbeiterstand und die Arbeitskraft von so großer Bedeutung für Erhaltung und Fortschreiten des Lebens in Staat und Wirtschaft sind, so erwächst aus dieser Tatsache die Verpflichtung, für eine Gesundung dieser Faktoren, auch im Gemeinschaftsinteresse Sorge zu tragen. Auch die anderen außerhalb des Arbeiterstandes, die in Staat und Wirtschaft auf unsere Betätigung angewiesen sind, haben Verpflichtungen uns gegenüber. Wenn wir uns in Standesorganisationen zusammengeschlossen haben, um Stand zu werden, um der Gemeinschaft zu dienen, so haben wir von hier aus Forderungen an den Staat zu stellen, soweit er der Gesellschaft und der Wirtschaft die Normen des Zusammenlebens und -Wirkens vorschreibt.

In erster Linie müssen wir auf die **ungenügende Regelung der Wohnungsverhältnisse** hinweisen. Nach der Reichswohnungszählung 1926 sollen in Deutschland rund 750 000 Haushaltungen und Familien ohne Wohnung sein. Wie stark der Arbeiterschaft unter dieser Wohnungsnot leidet, ist bei der zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterfamilien leicht ersichtlich. Wir sehen augenblicklich eine starke Stockung im Baubetrieb, die in der Hauptsache in der Verknappung und Verteuerung der Kredite für den Wohnungsbau zu suchen ist. Es muß deshalb vor allem auf eine Stetigkeit im Fortschreiten der Bautätigkeit gedrungen werden, besonders auch deshalb, weil sprunghafte Baukonjunkturen zu leicht benutzt werden um unberechtigte und allgemein schädliche Baustoffpreiserhöhungen durchzuführen.

Es ist eine alte Forderung der Arbeiterzentrumswähler, daß die Hauszinssteuer restlos dem Wohnungsneubau zur Verfügung gestellt wird. Wir wehren uns vor allem gegen eine Erhöhung der Hauszinssteuer etwa zur Deckung der Erhöhungen der Beamtengehälter. Die gesetzliche Regelung des Mieterschutzes und der Mietsteuererhöhung muß so lange aufrecht erhalten bleiben, bis zwischen Angebot und Nachfrage ein Gleichgewicht hergestellt ist.

An den Fortgang der ländlichen Siedlung hat auch die Arbeiterschaft ein großes Interesse. Hauptsächlich deshalb weil eine gesunde Verteilung der Arbeitskraft auf Industrie und Landwirtschaft notwendig ist.

Wenn in den letzten Wochen unsere Kollegen Stegerwald und Imbusch sich gegen die Staatspolitik gewandt haben, die Gefahr läuft, soziale Grundwahrheiten und Notwendigkeiten unberücksichtigt zu lassen, wenn sie darauf hingewiesen haben, daß jeder innerpolitische Vorgang, der von Bedeutung ist im Einklang stehen muß mit den Gesamtinteressen, wenn sie zum Ausdruck gebracht haben, daß sie keinen Staat von Klassen und Kasten, sondern einen wahren Volksstaat wollen, so haben sie damit, uns, der christlichen Arbeiterschaft aus dem Herzen gesprochen. Wir wollen unsere Führer so sehen und nicht anders. Wir legen Wert darauf, mit den Vertretern der anderen Stände innerhalb der Zentrumspartei für die Gestaltung in Staat und Wirtschaft zusammen zu arbeiten. Das ist jedoch nur möglich, wenn man auch dem Arbeiterstand Gerechtigkeit widerfahren läßt. Wir freuen uns der Stimmen aus dem Lager des Bauernbundes, die nachdrücklich betonen, daß sie auch mit der Arbeiterschaft zusammen zu arbeiten gewillt sind. Die Staatsgesetzgebung und die Wirtschaftsordnung, die sich nicht angelegen sein läßt, der Arbeiterschaft gerecht zu werden, muß von uns verneint werden.

Wir fordern die **paritätische Zusammensetzung aller öffentlich rechtlichen Wirtschaftskammern,** sowie die baldige Einrichtung der Bezirkswirtschaftsräte und des endgültigen Reichswirtschaftsrates. Wir fordern, daß Staat und Reich vorangehen in einer gerechten Lohnpolitik, auch für die Arbeiter. **Wir stehen auf dem Stand-**

Das neue estnische Kabinett gebildet.

‡ **Riga**, 10. Dez. **(Tel.)** Dem Führer der estnischen Volkspartei, Tönisson, ist es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, eine neue Regierung zu bilden. Bei der Abstimmung wurden 53 Stimmen für das Kabinett gegen 24 Stimmen der Sozialdemokratie abgegeben. Die christlich-demokratische Partei, die nicht zur Koalition gehört, enthielt sich der Stimme. Der neue Außenminister Rebane, der bisher Redakteur der Zeitung „Päwateht" war, erklärte Pressevertretern gegenüber, daß die estländische Außenpolitik unverändert bleibe.



Der neue estnische Ministerpräsident Jaan Tönisson, Führer der Volkspartei.

punkt, daß der Abschluß von Tarifverträgen grundsätzlich auf dem Wege freier Vereinbarung erfolgen muß. Das Schlichtungswesen für die Schlichtung der Lohnstreitigkeiten ist jedoch nicht abzubauen, sondern mit mehr Befugnis auszugestalten, dahingehend, daß den Arbeitgeberorganisationen oder Vertretern desselben auferlegt werden kann für aufgestellte Behauptungen über Untragbarkeit höherer Löhne auch die Beweise zu erbringen. Zur Preisgestaltung müssen wir verlangen, daß nachdem und soweit die Preise von den Kartellen vorgeschrieben werden, von autoritativer wirtschaftlicher Stelle eine Nachprüfung und Neufestsetzung ermöglich sein muß.

Wir fordern die baldige Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes unter Berücksichtigung der besonderen Gefahren und für die Gesundheit des Arbeiters, besonders in der Schwerindustrie, wie auch insgesamt, sowie auch für die Frauen und die Jugendlichen. Die augenblicklichen Vorgänge in der Schwereisenindustrie sind keine Notwehr gegen nicht erfüllbare Forderungen der Gewerkschaften.

Wenn wir heute Umschau gehalten haben im politischen und wirtschaftlichen Werden unserer Tage so mußten wir feststellen, daß wir eine Welt voll von Gegensätzen vor und um uns sehen. Beklagenswert ist, daß anstatt Brücken zu bauen, Gräben und Abgründe geworfen werden, die ein Zusammenarbeiten auf Jahre hinaus verhindern können. Die Zentrumspartei will alle Männer und Frauen sammeln, die in den verschiedensten Ständen guten Willens sind Gemeinschaftssinn in Staat und Wirtschaft zu pflegen und zu verwirklichen. Wir wollen dahin wirken, daß auch in unseren Kreisen noch mehr als bisher von der Mitarbeit in der Partei Gebrauch gemacht wird. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß an die beiden Referate fand

eine vielstündige Aussprache

statt, an der sich ungefähr alle Abgeordneten beteiligten. Die Debatte wurde vom Abg. **Imbusch** eröffnet, der in außerordentlich scharfer Form gegen die Gesetzgebungsarbeit der Reichsregierung polemisierte, wobei er im wesentlichen seine Ausführungen, die er kürzlich in Gelsenkirchen gemacht hat, wiederholte. Er erklärte, daß sich die Zentrumspartei in allergrößter Gefahr befinde, der Auflösung entgegen zu gehen, weil die maßgebenden Führer der Partei sich nicht mehr um den fundamentalen Grundsatz: „Gerechtigkeit für alle Volksschichten" kümmerten. Wir müssen die Führer zwingen, das Programm zu beachten, da wir kein Interesse an einer Zerschlagung der Partei haben. Wir sind in Berlin so deutlich wie nie geworden, wir haben nichts erreicht, wir müssen nun vor die Wähler treten: Die Situation ist so ernst wie nie. Die Radikalisierung weiter Volksschichten schreitet voran. Merkt man denn nicht, wohin der Weg geht: Wer politisch zur Sozialdemokratie gehört, der wird nicht mehr Mitglied der christlichen Gewerkschaft und des katholischen Arbeitervereins sein. Man zerschlägt mit dem Kurs der heutigen Regierungspolitik die christliche Arbeiterbewegung. Wir aber werden den Kampf für die soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit Entschiedenheit führen.

Abg. **Becker-Arnsberg** sprach über die Lage der Invaliden und Pensionäre. Er ging auch auf den Konflikt in der Schwerindustrie ein und wandte sich mit scharfen Worten gegen die Unternehmer. Abg. **Effert** erklärte, daß er seit 40 Jahren in der Arbeiterbewegung kämpfe, aber eine so schwierige Situation noch nie vorgefunden habe. Man müsse von der Methode der Industriellen in aller Oeffentlichkeit abrücken. In der Beamtenbesoldungsvorlage vertrat er den bekannten Standpunkt Stegerwalds. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Abg. **Meyinger**, der betonte, daß die Arbeiterschaft in der Partei eine neue Aktivität entfalten müsse.

Es wurde eine größere Anzahl Entschließungen gefaßt, die die Wohnungsfrage, die Sozialversicherung, die Wirtschaftspolitik und die drohende Stillegung in der Schwerindustrie betreffen.

Einstimmig beschloß die Versammlung, ein Telegramm an den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu senden, dessen Wortlaut folgender ist:

„Die Arbeiterschaft der westfälischen Zentrumspartei sieht mit großer Sorge die Kampfmaßnahmen der Unternehmer in der Großindustrie. Sie bittet den Herrn Reichsarbeitsminister, sich bei dem Abbau der kulturwidrigen 12-Stunden-Schichten in der Schwerindustrie von keiner Seite beirren zu lassen. Das Recht der Arbeiterschaft muß über den Sonderinteressen einzelner Unternehmer stehen."

Ein ähnliches Telegramm wurde von dem rheinischen Arbeiterbeirat, der heute in Köln tagte und Grüße nach Hamm übermittelte, an Dr. Brauns gesandt. Der Vorsitzende, Riesener, schloß die fünfstündige Tagung mit der Bitte, allen Arbeiterkreisen die heutigen Gedankengänge nahe zu bringen und auch in diesem Sinne in der Partei tätig zu sein.

Deutscher Reichstag.

Die Ruhrentschädigung vor dem Reichstag.

tu **Berlin**, 10. Dez.

In der fortgesetzten Debatte bedauert Abg. **Esser** (Ztr.), daß diese Angelegenheit immer wieder politisch mißbraucht werde. Auch der Ausschußbericht habe leider die falschen Anschauungen im Volke nicht beseitigt. Der Redner weist darauf hin, daß heute in weitesten Kreisen bereits die Erinnerung an die Zeit verblaßt sei, wo alle Bewohner des Ruhrgebietes ohne Parteien- und Standesunterschied ihre Existenz aufs Spiel setzten im Kampfe gegen die Unterdrückung. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Abg. von Lindeiner-Wildau, habe eine vorbildliche Objektivität bewiesen. Nach dem natürlichen Rechtsempfinden sei es gleich, ob es sich nach dem Abkommen um einklagbare oder nur um moralische Verpflichtungen des Reiches handelte. Der wundeste Punkt bei der ganzen Angelegenheit sei die Bevorzugung der Großindustrie gegenüber den übrigen Geschädigten. Hier sei noch ein riesengroßes Unrecht gutzumachen. Die noch laufenden Entschädigungsansprüche müßten in liberaler Weise schleunigst erledigt werden.

Abg. **Winnefeld** (DVP.) weist die Behauptung zurück, daß die Industrie auf die Besetzung hingearbeitet habe. Die Besetzung des Ruhrgebiets habe in der Absicht der französischen Regierung gelegen, die die Ruhrkohle in ihre Hand bekommen wollte. Der Redner erinnert daran, daß die „Micum" seinerzeit Verhandlungen mit der Regierung ablehnte, und erklärt, man müsse den Wirtschaftsführern dankbar sein, daß sie damals in die Bresche sprangen. Auch er tritt für einen gerechten Ausgleich gegenüber den geschädigten Arbeitern, Angestellten und dem Mittelstand ein.

Abg. **Dietrich**-Baden (Dem.) betont, daß die Vorzugsbehandlung der Ruhrindustrie durch die Ausschußuntersuchung erwiesen sei. Es mußte als ein Unrecht empfunden werden, daß der Ruhrbergbau ohne Kenntnis des Reichstages 700 Millionen bekam zu einer Zeit, als den übrigen Geschädigten gesagt wurde, sie könnten nichts bekommen. Der Rechtsanspruch der Ruhrindustrie sei zudem sehr zweifelhaft. Unter diesen Umständen war die Zahlung eine gröbliche Verletzung des Etatsrechts. Der Redner bezeichnet die Entschädigung der Ruhrindustrie als eine der bedauerlichen Folgen des starken Anwachsens der Konzernbildung in Deutschland, die immer mehr Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu gewinnen suche.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Ein Antrag aller Parteien auf Vorlegung einer Denkschrift über die Unterstützungen für die ehemaligen Heeres- und Marinearbeiter wird angenommen.

Das Haus vertagt sich auf **Montag 15 Uhr: Lohnsteuersenkung, Spiritusmonopolgesetz.**

Schluß 17 Uhr.

*

Der Reichstagsausschuß für Jugendschutz und Jugendpflege.

vdz **Berlin**, 10. Dez. **(Tel.)** Der Reichstagsausschuß für Jugendschutz und Jugendpflege beriet heute über das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten. Weil der Reichsrat im vergangenen Mai gegen das Gesetz einspruch erhoben hatte, hatte der Reichstag das Gesetz an den Jugendausschuß zurückverwiesen, nachdem ein Antrag der Mehrheitsparteien das Kompromiß zwischen der Auffassung der Reichstagsmehrheit und des Reichsrats hergestellt hatte. Die Angelegenheit konnte indessen am Samstag nicht zu Ende beraten werden, weil die Linke zusammen mit der Deutschen Volkspartei eine Zusammenstellung der Reichstagsbeschlüsse dritter Lesung forderte. Die Weiterberatung wurde um acht Tage vertagt.

Coolidge für Einberufung einer internationalen Luftfahrtkonferenz. Washington, 10. Dez. Präsident Coolidge sprach sich für die Einberufung einer internationalen Konferenz für zivile Luftfahrt aus, die im Dezember nächsten Jahres in Washington abgehalten werden sollte.

Der Konflikt in der deutschen Eisenindustrie.

Die Verhandlungen der Schlichterkammer in Essen.

tu **Essen**, 10. Dez. **(Tel.)** **Die für die Beilegung des Konfliktes in der Schwerindustrie eingesetzte Schlichterkammer beschloß, einige Fragen, die bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit zunächst nicht erschöpfend behandelt werden können, Fachkommissionen zu übertragen, die bis zum 15. Februar 1928 versuchen sollen, eine Vereinbarung herbeizuführen. Nach eingehender Aussprache über die Lohn- und Arbeitszeitfrage wurde die Sitzung vertagt, weil zur Fortführung der Verhandlungen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Der Schlichter beraumte die nächste Sitzung auf Dienstag, den 13. Dezember, an.**

Die Verhandlungen in Berlin.

tu **Berlin**, 11. Dez. **(Tel.)** Der Konflikt in der Schwerindustrie war während des ganzen Sonntags Gegenstand von Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben. Der Standpunkt der Reichsregierung bezüglich der Arbeitszeitverordnung geht nach wie vor dahin, daß eine Zurückziehung oder Hinausschiebung derselben nicht in Betracht kommen kann. Der Standpunkt der Reichsregierung ist den Vertretern der Schwerindustrie bekannt.

Die christliche Metallarbeiter-Internationale und der drohende Kampf im Nord-Westdeutschland.

Genf, 10. Dez. Mit lebhaftem Interesse verfolgt der Vorstand der christlichen Metallarbeiter-Internationale den Verlauf der Ereignisse in der deutschen Schwerindustrie. Wenn die Arbeitgeber es zu einem Kampf kommen lassen, so wird der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands mit vollem Vertrauen den auferlegten Kampf aufnehmen, weil er weiß, daß er nicht nur auf seine eigene Kraft, sondern auch auf die moralische und finanzielle Unterstützung aller christlich organisierten Metallarbeiter Europas rechnen kann.

Der leitende Ausschuß der christlichen Metallarbeiter-Internationale wird in den nächsten Tagen zusammentreten, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu untersuchen.

Metallarbeiter-Kundgebung in Bochum.

tu **Essen**, 10. Dez. **(Tel.)** In einer von Tausenden besuchten Metallarbeiterversammlung in Bochum wurde folgende Entschließung angenommen: „Die angedrohte Stillegung der Betriebe der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie stellt einen rücksichtslosen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht nicht nur gegenüber den beteiligten Arbeitern, sondern auch dem gesamten deutschen Volke dar. Die heutige Versammlung der Bochumer Metallarbeiter erklärt, daß dieses Vorgehen sie in ihrem Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht hemmen wird. Vielmehr ist die Versammlung der Überzeugung, daß mehr denn je der Zusammenschluß der Arbeiter für diesen Kampf notwendig ist. Die Versammlung billigt die Haltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und seiner Vertreter und drückt ihre Mißbilligung darüber aus, daß der christliche Bergarbeiter-Verband nach vierjährigem Zusammengehen mit den anderen Organisationen gerade in der gegenwärtigen bedeutsamen Bewegung die einheitliche Front verlassen hat.

Vorläufig noch keine Stillegungen.

Düsseldorf, 10. Dez. Bei der hiesigen Regierung liegen bereits über 100 Stillegungsanträge vor. Aus Zweckmäßigkeitsgründen hat der Regierungspräsident Bergemann bisher in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften von Stillegungsverhandlungen abgesehen. Regierungspräsident Bergemann läßt die von gewerkschaftlicher Seite ausgegebene Meldung, er werde sich in seiner Eigenschaft als Demobilmachungskommissar bei der Behandlung der Stillegungsanträge auf den Standpunkt stellen, daß diese Stillegungen eine unbegründete und unzulässige Kampfmaßnahme bedeuteten, dahin richtig stellen, daß diese Mitteilung auf Kombinationen beruhe.

Die Auffassung der Industriellen.

Berlin, 10. Dez. Der Antrag der Schwerindustriellen Arbeitgeberverbände auf Schließung bzw. Stillegung der Betriebe zum 1. Januar 1928 mußte zunächst außer in den beteiligten Kreisen auch eine starke Beunruhigung in die eisenverarbeitende Industrie und in den Eisen- und Röhrenhandel tragen. Wenn man auch die Hoffnung hat, daß irgend ein Kompromiß zwischen den Schwerindustriellen und den Gewerkschaften zustande kommen wird, so sind doch bereits Angstkäufe vorgenommen worden, da man eine Steigerung der Eisenlandspreise befürchtet. Jedoch haben sich diese Angstkäufe bisher nur in einem sehr kleinen Rahmen bewegt. Denn es ist andererseits bekannt, daß die Läger des Handels infolge der Mengenkonjunktur bzw starken Produktion recht groß sind, und auch die Verarbeiter selbst scheinen über größere Bestände zu verfügen. Der ruhige Verlauf der Sitzung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, die für das erste Vierteljahr 1928 die Kontingentierung unverändert läßt, hat selbstverständlich auch zur Beruhigung der interessierten Kreise beigetragen.

Einigung zwischen Polen und Litauen in Genf.

Der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen aufgehoben.

tu **Genf**, 10. Dez. **(Tel.)** **Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Nachtsitzung einstimmig ohne Debatte auf einen Antrag des Berichterstatters eine Entschließung angenommen, in der der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen für aufgehoben erklärt wird. Polen erkennt die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Republik Litauen vollständig an. Den beiden Regierungen wird empfohlen, direkte Verhandlungen zur Herbeiführung friedlicher Beziehungen aufzunehmen. Die Vertreter von Polen und Litauen erklärten im Namen ihrer Regierungen, die Entschließung anzunehmen. Die Verhandlung wurde darauf geschlossen. Nach Schluß der Sitzung schüttelte Pilsudski Woldemaras die Hand.**

Eine weitere Meldung aus Genf besagt: Die Einigung zwischen der polnischen und litauischen Regierung ist endgültig zustandegekommen. Die letzten noch bestehenden Differenzpunkte wurden im letzten Augenblick durch telephonische Anfragen der polnischen Delegation endgültig geklärt. Im letzten Augenblick hatten sich noch Schwierigkeiten in bezug auf die Kontrolle von Ereignissen an der polnisch-litauischen Grenze ergeben, die jedoch nun auch überwunden sind.

Die Sonntagsbesprechungen in Genf.

tu **Genf**, 11. Dez. **(Tel.)** Der heutige Sonntag ist einer Reihe von einzelnen Verhandlungen gewidmet. Am Vormittag empfing Briand den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, der, wie mitgeteilt wird, dem französischen Außenminister seinen Dank für die vermittelnde Tätigkeit ausgesprochen hat. Sodann fand ein Frühstück statt, an dem Briand, Chamberlain, Scialoja und Graham teilnahmen.

Um 5 Uhr nachmittags suchte Briand Stresemann auf. Die Unterredung dauerte bis kurz vor 7 Uhr. Ferner fand heute nachmittag eine Unterredung zwischen Zaleski und Woldemaras statt. Der litauische Ministerpräsident verläßt Genf heute abend.

Zu der Unterredung Stresemann-Pilsudski.

tu **Genf**, 11. Dez. Zu der gestrigen Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Pilsudski wird heute von bestinformierter Seite mitgeteilt, daß in dieser Unterredung von polnischer Seite ausdrücklich der Wunsch geltend gemacht worden sei, zu einer Verständigung über alle zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu gelangen. Welchen tatsächlichen Verlauf die Unterredung genommen hat, wird nicht mitgeteilt. Jedoch sind zweifellos sowohl die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen als auch eine Reihe anderer Fragen zwischen den beiden Staatsmännern zur Sprache gekommen.

Aus der Stadt.

Münster, 12. Dezember.

○ **Hochschulkurse für jedermann.** Am Montag abend 8½ Uhr spricht im Horsaal 10 der Universität Professor Mahler über Savonarola, den großen italienischen Benediktinermönch und Staatsmann in Florenz, der nach seinem Sturz durch die Signorie öffentlich hingerichtet wurde. Savonarolas Leben, auch an packenden Einzelheiten reich, bietet dem Historiker wie dem Psychologen eine Reihe nicht leicht zu lösender Probleme.

≠ **Film-Vorführung des Stadtverbandes.** Die Vorführung neuzeitlicher Sportfilme, die der Stadtverband für Leibesübungen veranstaltet, findet am Montag abend in der Aula des Städtischen Gymnasiums, Syndikatgasse statt und beginnt um 8,15 Uhr.

≠ **Ballonaufstiege.** Die Ballone „Münster V" unter Führung des Herrn Cohen, der seine erste Führerfahrt machte, und „Münster VII" unter Führung des Herrn Eimermacher, der sich um den vom Vorsitzenden der Luftfahrtvereinigung, Major Hesling, für das Jahr 1927 gestifteten Zielpreis bewarb, stiegen Sonntag vormittag auf. Eimermacher landete 1,25 Uhr in der Ziellinie bei Bocholt, und Cohen machte 1,40 Uhr eine „Großmutterlandung" bei Berken.

⊙ **Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, G. m. b. H.,** Betriebsdirektion Münster, veranstalteten am Samstag abend in den Räumen des Zoologischen Gartens in der seit Jahren üblichen Weise für ihre etwa 140 Köpfe starke Angestelltenschaft eine Weihnachtsfeier. Der harmonische Verlauf der Feier, für die der Festausschuß ein wohlgelungenes, abwechslungsreiches Programm aufgestellt hatte, in dessen Mittelpunkt der Besuch von Nikolaus und Ruprecht stand, die jedem Angestellten ein sinniges Geschenk überreichten, zeugte von dem guten und vorbildlichen Einvernehmen, das zwischen der Betriebsdirektion und ihrer Angestelltenschaft besteht.

⁂ **Ein Heizungskellerbrand,** unterm Hof gelegen, entstand am Sonntag vormittag im Geschäftshaus der Firma W. Horstmann, Servatiplatz. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand bald gelöscht werden. Infolge der Schlauchleitungen, welche das Geleise der Straßenbahn versperrten, mußte der Verkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten werden.

⊖ **Bezirkskonferenz des Kath. Deutschen Frauenbundes.** Die Vorstände und die Vertrauensfrauen der Zweigvereine des Kath. Frauenbundes aus dem Münsterlande und Oldenburg versammeln sich am Dienstag den 13. cr. vormittags 9½ im Cimbernhaus zu einer wichtigen Versammlung. Die Generalsekretärin des Bundes, Frl. Antonie Hopmann-Köln, spricht über „Neue Aufgaben auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens". Sie wird insbesondere die Frage behandeln, wie die Zweigvereine des K. D. F. an der Durchführung verschiedener neuer Gesetze praktisch mitarbeiten können. Außerdem werden noch andere Fragen praktischer Vereinsarbeit, insbesondere auf hauswirtschaftlichem, landwirtschaftlichem und caritativem Gebiete besprochen.

Am Nachmittag ist eine gemütliche Zusammenkunft mit dem Zweigverein Münster, auf der Frau Dr Sollmann-Gelsenkirchen über „Wertvolle Erziehungen in der neueren Literatur" und Frl. Nieffert-Münster über „Das Jugendbuch" sprechen werden. Es erscheint dem K. D. F. als eine besondere Pflicht, seine Mitglieder auf die wertvolle Literatur für die Jugend sowohl als für die Erwachsenen hinzuweisen, nicht nur, weil das gute Buch das wirksamste Mittel gegen den Schund und Kitsch sein dürfte, sondern vor allem, um die Anteilnahme der kath Frau an dem gesunden Schaffen unserer Dichter und somit an den wertvollen Geistesschätzen unserer Nation zu erhöhen! Möchten recht viele diesem Rufen folgen!

Der Sparkassenlehrgang

der Westfälischen Verwaltungsakademie zu Münster.

ü **Münster**, 12. Dezember.

In den Tagen vom 11. bis 13. Dezember veranstaltet die Westfälische Verwaltungsakademie zu Münster einen Sparkassenlehrgang, für den nicht weniger als 14 Vorträge namhafter Fachleute vorgesehen sind. Seine Eröffnung fand Sonntag vormittag in der Stadthalle statt, zu der sich eine stattliche Anzahl von Teilnehmern von nah und fern sowie eine Menge Ehrengäste eingefunden hatten. Die Begrüßungsansprache hielt Universitäts-Professor Dr. W. F. Bruck-Münster. Zugleich im Namen von Universitäts-Professor Dr. Dr. Weber seitens der Westfälischen Verwaltungs-Akademie hieß Prof. Bruck die Anwesenden aufs herzlichste willkommen, eröffnete die Tagung und führte dann etwa folgendes aus:

„Die Bestrebungen der deutschen Verwaltungsakademien sind Ihnen allen bekannt. Die Aufgaben der Akademien bestehen in erster Linie in der Fortbildung und Schulung der Beamten und darin, möglichst viele Beamten weiterer Ausbildung teilhaftig werden zu lassen. Durch ein sechssemestriges rechts- und staatswissenschaftliches Studium werden nur wenig Leute erfaßt. Deshalb läuft eine Menge Fach- und Spezialkurse nebenher. Wir haben das Industriegebiet miteinbezogen, haben Stätten des Unterrichts in Bochum und Dortmund, und weiter, über den Rahmen der Provinz hinaus, in Osnabrück. Weitere Kurse werden in einer Reihe von Städten der Provinz abgehalten.

Die jetzige Tagung zum Zwecke der Ausbildung der Sparkassenbeamten ist auf 2½ Tage zusammengedrängt, ein System, das sich als zweckmäßig erwiesen hat, da den meisten Beamten nicht soviel Zeit zur Verfügung steht, um an wöchentlich wiederkehrenden Kursen teilnehmen zu können. Ich freue mich, feststellen zu können, daß sich bis jetzt schon 250 Teilnehmer für den Lehrgang haben eintragen lassen, freue mich, daß wir diese Tagung unter der Agide der Behörden hier veranstalten können, die unser Bestreben hier bescheinigen. Ich sehe den Oberpräsidenten von Westfalen, Gronowski, den Landeshauptmann Dr. h. c. Dieckmann; mein Dank gilt zunächst ihnen beiden. Aber auch die Herren, welche in der Kommunalverwaltung, den Landgemeindetagungen, den Kreisvereinigungen, im Städtebund oder Städtetag tätig sind, begrüße ich von Herzen, so Herrn Amtmann Ebberg, Herrn von Borries, Bürgermeister Hagedorn vom Städtebund, ferner den Schirmherrn dieses Hauses, Oberbürgermeister Dr. Sperlich, als Vertreter der Reichsbehörden den Reichspostdirektionspräsidenten, den Chefpräsidenten des Landesfinanzamtes, den Präsidenten der Reichsbahndirektion sowie die Vertreter der Regierungspräsidenten von Minden und Münster.

Schwer war es, für diese Sparkassentagung ein passendes Programm zusammenzufinden. Wie kommt Deutschland aus seinen Schwierigkeiten heraus, wie soll Sparkapital gesammelt werden, wie soll die Arbeitstätigkeit zwischen privaten und öffentlichen Banken gehandhabt werden? — Das sind heute die schwebenden bewegenden Fragen, zu denen die Redner des heutigen Tages zu uns sprechen werden, und die ich von Herzen begrüße: Geh. Reg.-Rat Dr. Kleiner als Präsidenten des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Direktor Cremer als Geschäftsführer des deutschen Sparkassenverbandes, Landesbankdirektor Schrsott als Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes, den Ministerialrat im Ministerium des Innern, Dr. Simon als Referenten in der Kommunalabteilung sowie Landesrat a. D. von Bitter als Direktor des Verbandes deutscher öffentl. rechtlicher Kreditanstalten. Zu meiner großen Freude ist hier auch erschienen der Rektor der Wilhelms-Universität, Se. Magnifizenz Prof. Dr. Schöne. Was wären wir in unserer Akademie, wenn wir nicht dauernd auf die Unterstützung der großen Verbände bedacht sein müßten. Ich sehe hier als Vertreter den Postinspektor Boyer, den ich ebenso wie alle Lehrgangsteilnehmer herzlich willkommen heiße. Auch Oberbürgermeister Dr. Sperlich ruft Ihnen durch mich einen freundlichen Willkommengruß entgegen. Mögen Sie alle durch die Tagung reichliche Belehrung finden."

Mit den sich anschließenden Vorträgen, von deren Wiedergabe an dieser Stelle wir, da sie ja lediglich für die Sparkassen- und Bankbeamten gedacht sind, wohl absehen zu dürfen glauben, begann der eigentliche Lehrgang.

Aus den Provinzen.

○ **Gescher**, 10. Dez. (Gefährdung der Kraftpost durch Rowdies.) Vor einigen Tagen wurde das Personenauto der Kraftpostlinie Coesfeld—Vreden, das um 20 Uhr 49 vom Postamt in Gescher abfährt, ca 300 Mtr vom Postamt in der Nähe des sogenannten Frieterhofs von einer Anzahl Burschen angehalten. Als der Führer, in der Meinung, es handele sich um Fahrgäste, seinen Sitz verließ, wurde er mit Schimpfworten empfangen. Um drohenden Tätlichkeiten aus dem Wege zu gehen, bestieg der Fahrer wieder kurz entschlossen seinen Sitz, verriegelte die Wagentüren und fuhr weiter. Im Weiterfahren versuchten die Burschen, den Führer zum Besteigen und zertrümmerte dabei die Scheiben durch Stockhiebe. Glücklicherweise blieb der Führer von den umherfliegenden Glassplittern unversehrt. Wäre er getroffen worden, so hätte er leicht die Führung über den Wagen verlieren können, wodurch ein furchtbares Unglück geschehen können. Hoffentlich gelingt es den Bemühungen der Behörden, die anscheinend angetrunkenen Täter zu fassen, damit ihnen wegen Transportgefährdung eine exemplarische Strafe statuiert werden kann. Zweckdienliche Angaben werden an das Postamt in Gescher oder an die Ortspolizeibehörde erbeten.

≠ **Gronau**, 10. Dez. (Einbruchsdiebstahl.) Aus einer Baubude der Firma Bauunternehmer B. Plaßmann hierselbst wurden gestern abend zwischen 17 und 18 Uhr Lohngelder in Höhe von etwa 1600 Mark gestohlen. Die Firma Plaßmann führt bei der Spinnerei und Weberei M. van Delden einen Fabrikerweiterungsbau aus. Der Polier hatte einen Teil der Arbeiter entlohnt und verließ dann die Baubude für kurze Zeit und schloß sie zu. Mit einem Dietrich muß dann die Baubude geöffnet worden sein. Die sofort von der Kriminalpolizei angestellten Ermittelungen waren bis jetzt erfolglos. Die geschädigte Firma hat eine Belohnung ausgesetzt in Höhe von 10 Prozent der entwendeten Summe für die Ermittelung des Täters.

△ **Nordhorn**, 10. Dez. (Eine schwere Bluttat) ereignete sich in der Nacht zum Samstag in einem Hause an der Bentheimer Straße. Dort entspann sich ein Wortwechsel zwischen dem Fabrikarbeiter Balder und dessen Kostgänger Meiners wegen der Beziehungen, die der M. zu der Frau B. unterhielt. Die Streitigkeiten, die in der Wohnung begannen, setzten sich auf der Straße fort. Dort brachte M. dem B. mit einem Schlaginstrument schwere Schädelverletzungen bei. B. schleppte sich nach Hause und begab sich zu Bett. Am Samstag vormittag machte sein Bruder Anzeige beim Arzt, der die sofortige Überführung des Verletzten ins Krankenhaus veranlaßte, wo er hoffnungslos darniederliegt. Die Frau B. und M. wurden in Haft genommen.

⊙ **Koblenz**, 7. Dez. (Gegen Rauch und Lärm.) Nach einer Mitteilung des Oberpräsidiums hat in der vergangenen Woche in Essen unter Leitung eines Vertreters des Oberpräsidenten der Rheinprovinz eine Tagung der Verkehrsreferenten der rheinischen Regierungen stattgefunden, an der u. a. auch ein Vertreter des Oberpräsidenten von Westfalen, die Referenten sämtlicher westfälischer Regierungspräsidenten, des Landeshauptmanns der Rheinprovinz und der Verbandspräsident und Verbandsdirektor des Ruhrsiedlungsverbandes teilnahmen. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung der Schutz der Bevölkerung gegen übermäßigen Lärm und Ruch der Kraftfahrzeuge, insbesondere der Motorräder. Ferner wurde beraten über die Einführung eines Nachtrages zur Straßenverkehrsordnung für größere Städte, bessere Kontrolle des Verkehrs auf den Landstraßen durch besondere Verkehrsstreifen, baldige Aufstellung der neuen Warnungstafeln und Ortsschilder, Einführung eines roten Rückspiegels bei Fahrrädern.

Vermischtes.

* ⏃ **Schwerer Eisenbahnzusammenstoß bei Wien.** Wien, 10. Dez. Unweit der Endstation der Aspang-Bahn in Wien stieß ein Personenzug mit einem anderen Personenzug zusammen. Einzelheiten fehlen noch, bis zur Stunde hat die Rettungsgesellschaft 26 verwundete Personen geborgen.

* ⏃ **Theaterbrand in Madrid.** Madrid 10. Dez. Das in dem volksreichen Viertel Lavapies gelegene Theater Barbieri wurde heute am frühen Morgen von einer Feuersbrunst zerstört. Kein Menschenleben ist zu beklagen.

Luftfahrt.

Rücktransport der beiden deutsche Flugzeuge von den Azoren.

Rom, 11. Dez. Wie Havas aus Horta (Azoren) meldet, hat der Dampfer „Havenstein" die beiden deutschen Wasserflugzeuge D 1220 und D 1230, die die Überquerung des atlantischen Ozeans aufgegeben haben, an Bord genommen und wird sie nach Hamburg transportieren.

Soziales.

Die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien.

Das Abänderungsgesetz vom 16. Juli 1927 läßt einen Ausgleich für Minderarbeit an einzelnen Tagen durch Mehrarbeit an anderen Tagen im Rahmen der 48-stündigen bezw. 96-stündigen Doppelwoche zu. Eine Reihe Gerichte haben sich in Entscheidungen auf den Standpunkt gestellt, daß dieser Ausgleich nur in den Betrieben möglich sei, in welchen eine gesetzliche Betriebsvertretung bestehe. Dadurch wird kleineren Betrieben die Wirkung dieses Gesetzes vorenthalten. Auf Beschwerdeführung des Rheinischen Bäcker-Innungsverbandes an den Reichsarbeitsminister gab dieser folgende bemerkenswerte Antwort:

„Von der Möglichkeit, die Arbeitszeit im Rahmen der 96-stündigen Doppelwoche auszugleichen wie dies § 1 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien in der Fassung vom 16. Juli 1927 vorsieht, können die Betriebe jeder Größe Gebrauch machen. Die Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretungen kommt nur da in Frage, wo eine solche auf Grund des Betriebsrätegesetzes besteht. Wenn nach Ihrer Mitteilung das Amtsgericht Köln eine andere Auffassung vertreten hat, so meine ich, daß eine solche Auslegung des Gesetzes vereinzelt bleiben wird.

Die Zulässigkeit des Ausgleichs an einzelnen Werktagen ausgefallener Arbeitszeit durch Mehrarbeit an anderen Werktagen ist nur an die Voraussetzung der Nichtüberschreitung der 48-stündigen Arbeitswoche bezw. der 96-stündigen Doppelwoche geknüpft. Eine weitere Bedingung, etwa eine tarifvertragliche Vereinbarung, ist in diesem Falle nicht vorgesehen. Dagegen ist die Frage, ob bei einer tarifvertraglichen Vereinbarung der 54-stündigen Wochenarbeitszeit, in der über den Ausgleich oder eine tägliche Hilfsarbeitszeit keine ausdrückliche Bestimmung enthalten ist, ohne weiteres die Arbeitszeit ausgeglichen werden darf strittig.

Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, bei tarifvertraglichen Vereinbarungen einer längeren als 48-stündigen Arbeitszeit zugleich die Möglichkeit eines Ausgleichs, gegebenenfalls unter Festsetzung einer täglichen Höchstarbeitszeit vorzusehen."

Lose Blätter

Ein Märchen der Wirklichkeit.

Es waren einmal zwei junge Mädchen, die lebten mit ihrer verwitweten Mutter still und unschuldig zu Janeville in Wisconsin U. S. A. Die ältere, Catharine Buchanan, verdiente ihr Brot als Schreibfräulein in einer Fabrik. Die jüngere pflegte die kranke Mutter; sie hatten nicht viel zu brechen und zu beißen und schlugen sich mühselig, aber in Ehren durch. Da kam eines Tages ein Brief aus England, in dem der Whisky-Millionär und Rennstallbesitzer, Lord Woolavington die beiden Mädchen als die Enkelkinder seines geliebten Bruders begrüßte und sie dringend einlud, zu ihm nach England zu kommen. Da ein hübsches Sümmchen Reisegeld zugefügt war, machten sich Catharine und Jane auf den Weg, und es ging ihnen, wie es den Kindern im Märchen geht, wenn sie zu einem guten Zauberer oder Onkel kommen. Sie wurden in einem wundervollen Palast zu Lavington-Park aufgenommen von einem lieben alten Herrn, der sie verhätschelte und ihnen alles antat, was er ihnen von den Augen absehen konnte. Nachdem der Lord den Großnichten ganz England gezeigt hatte, schickte er sie wieder zu ihrer Mutter zurück und sorgte zugleich dafür, daß sie von nun an in Hülle und Fülle und in Freuden leben konnten bis an ihre seliges Ende. Dieses Märchen ist tatsächlich in diesen Wochen in England passiert. Lord Woolavington, der früher James Buchanan hieß, hatte einen Bruder William, der nach Amerika ging und von dem er lange nichts hörte. Durch Zufall erfuhr er, daß William tot war und daß seine beiden Enkeltöchter in sehr bescheidenen Umständen lebten. Als ihm Berichterstatter nach diesem „wirklichen Märchen" fragten, meinte er: „Dabei ist doch garnichts Besonderes. Ich tat nur, was jedermann tun würde, der davon hört, daß es noch Mitglieder seiner Familie gibt. Es war doch selbstverständlich, daß ich ihnen reichlich helfe, da ich dazu in der Lage bin." Das ist gewiß richtig, aber selten geht es im Leben — so einfach zu wie im Märchen.

Die Polarfronttheorie und die Stellungnahme der meteorologischen Wissenschaft.

Zu der neuen Theorie über die Polarfront nimmt die Meteorologie folgende Stellung ein:

Bjerkes hat gefunden, daß alle Altersstufen der Depression gleichzeitig beobachtet werden können. Je vier Depressionen bilden eine Familie. Im Südwesten entstehen neue Familienglieder und rücken dann wie Perlen auf der Schnur nordostwärts vor, dabei alternd und schließlich im hohen Norden absterbend. Im günstigen Gleichfeld reicht die Polarfront bis in die subtropischen Breiten, wo sie unterbrochen ist. Von solchen Familien sind vier gleichzeitig vorhanden und kreisen um den Pol.

Wie alles Neue sind diese Lehren, zu denen die österreichischen Meteorologen den Grund gelegt haben, und die Bjerkes unter Hinzufügung von vielem Eigenen weiter ausgebaut hat, nicht widerspruchslos aufgenommen worden. Selbst die Anhänger der neuen Anschauungen teilen sich in eine norwegische und eine österreichische Schule. Darüber aber kann heute kein Zweifel mehr herrschen, daß die Isobaren und ihre Formen für das Studium der Witterungs

Die Währungsstabilisierung als Weltproblem und die internationale Verschuldung.

Goldwährung oder Papierwährung? – Die internationale Verschuldung. – Dawesplan und Transferproblem.

Vortrag des schwedischen Nationalökonomen Prof. Cassel-Stockholm in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft zu Münster.

(MA) **Münster**, 10. Dezember.

Währung und Wirtschaft eines Landes sind in Gedeih und Verderb auf das engste miteinander verknüpft. Wie im menschlichen Organismus Zusammensetzung und Kreislauf des Blutes gesund sein müssen, um ein gedeihliches Funktionieren des ganzen Körpers zu gewährleisten, und wie andererseits die Erkrankung einzelner Organe das Blut in seinen lebenswichtigen Funktionen störend beeinflußt, so hat auch im Organismus einer Volkswirtschaft, eines modernen Staates, das Geldwesen weitgreifende, das Ganze durchdringende Funktionen zu erfüllen und steht in seiner Verfassung in Wechselwirkung mit dem Gedeihen der gesamten Wirtschaft und darüber hinaus auch das Staatswesen in allen seinen Erscheinungsformen auf rechtlichem, sozialem, sittlichem und nicht zuletzt auf finanzpolitischem Gebiete. Von wie weittragender Bedeutung ein geordnetes Geld- und Währungswesen ist, das haben wir in Deutschland alle am eigenen Leibe erfahren müssen, als im Jahre 1923 die Entwertung der Mark in ein so rasendes Tempo geriet, daß schließlich ihre Annahme an Zahlungsstatt auch in Inlande vielfach verweigert wurde und die ganze Wirtschaft ins Stocken zu geraten drohte. Der Kampf um eine Gesundung der durch den Krieg derangierten Währungen ist keineswegs eine nur Deutschland eigentümliche, sondern vielmehr eine ganz allgemeine Erscheinung. Nicht weniger ungewöhnlich als die für Deutschland vor dem Kriege kaum von irgend jemandem für möglich gehaltene Währungszerrüttung war die Festigung der deutschen Geldverhältnisse, die im Studel der Ereignisse am Ende des Jahres 1923 die ganze Welt überraschte.

Es muß dankbar begrüßt werden, daß die Weltwirtschaftliche Gesellschaft zu Münster i. W. für ihren 30. öffentlichen Vortragsabend — der infolge des überaus großen Interesses weiterer Kreise diesmal in den alten Rathaussaal verlegt wurde, der die Zuhörer aber kaum fassen konnte —, dieses für die gesamte Weltwirtschaft so eminent wichtige Thema durch einen der ersten Sachverständigen auf dem Gebiete des Geldwesens und der Weltwirtschaft, den bekannten schwedischen Nationalökonomen Prof. Gustav Cassel (Stockholm) behandeln ließ. Prof. Cassel ist weit über die Grenzen Schwedens hinaus als Fachmann anerkannt. Zweimal schon erstattete er Gutachten im Auftrage des Völkerbundes über „Das Goldproblem der Welt". Ebenso wurde er im Herbst 1922 von der deutschen Regierung gebeten, ein Gutachten, zusammen mit anderen ausländischen Wirtschaftsexperten, über die Wirtschaftslage in Deutschland zu erstatten. Cassel wurde 1922 zum Ehrendoktor der Universität Köln und 1923 auch von München ernannt.

Der erste Vorsitzende der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Prof. Dr. W. Bruck, hieß Prof. Cassel aufs herzlichste willkommen. Stürmischer Beifall erhob sich, als nun Prof. Cassel das Rednerpult betrat zu seinem Vortrage über

„Die Währungsstabilisierung als Weltproblem und die internationale Verschuldung."

Er führte aus: „Nach den großen Umwälzungen des Geldwesens während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren wurde die Rückkehr zu einem stabilen Geldwesen ein gemeinsames Problem aller Länder der Welt. Für jedes einzelne Land war ein Geld mit möglichst unveränderlicher innerer Kaufkraft ein grundlegendes wirtschaftliches Interesse, und alle hatten ein ebenfalls sehr wichtiges gemeinsames Interesse an der Stabilität der internationalen Wechselkurse. Die Wiederherstellung eines stabilen Geldwesens wir indessen in allen Ländern mit einem Abbauen des außerordentlich hohen Preisniveaus verknüpft, welches das Ergebnis der Inflationsperiode war. Wie weit diese Herabsetzung der Preise gehen sollte, war von vornherein eine Frage, in bezug auf welche die größte Unklarheit herrschte. Eine Herabsetzung der Warenpreise war ja gleichbedeutend mit einer Steigerung des Geldwertes, also der Kaufkraft des Geldes, und in bezug auf diese Kaufkraft waren die verschiedenen Interessen scharf entgegengesetzt. Die Inhaber von Vorkriegsforderungen sahen das natürliche Ziel für die Neuordnung des Geldwesens in einer Wiederherstellung der alten Kaufkraft des Geldes. Die Schuldner, die durch Schulden in einem am meisten entwerteten Gelde belastet waren, stellten sich natürlich gern auf den Standpunkt, daß jede Erhöhung des Geldwertes unrichtig sei. Zwischen diesen Extremen waren alle möglichen anderen Auffassungen vertreten. Es war also offenbar unmöglich, den neuen Geldwert nach irgendwelchen Gerechtigkeitsgründen zu wählen. Ausschlaggebend mußte das gemeinsame Interesse aller an einem möglichst schnellen Aufblühen der Volkswirtschaft sein. Dieses Interesse forderte unzweifelhaft eine Stabilisierung unter möglichster Vermeidung aller neuen Störungen, welche für das Wiederaufblühen der produktiven Tätigkeit verhängnisvoll werden könnten. Dieses entscheidende Interesse schloß also jede weitgehende Deflation aus und konnte nur eine Rückkehr von der allerletzten und stärksten Preissteigerung zulassen. Bei der Wahl des Stabilisierungsniveaus mußte nicht nur auf die Warenpreise im Großhandel, sondern auch auf die Detailpreise, Lebenskosten und Arbeitslöhne, Rücksicht genommen werden. Es galt diese verschiedenen Gruppen von Preisen in ein wirtschaftlich haltbares Gleichgewicht zu bringen. Es galt aber auch ein gewisses Gleichgewicht zwischen dem inneren und äußeren Wert des Geldes, mit anderen Worten eine Uebereinstimmung zwischen der inneren Kaufkraft der Valuta und den im Auslande notierten Wechselkursen dieser Valuta zustande zu bringen. Erst eine Geldstabilität, die auf alle diese Gesichtspunkte gebührliche Rücksicht nahm, konnte zu einer schnellen Stabilisierung des Wirtschaftslebens führen.

Das Problem, dem man sich in dieser Weise in den verschiedenen Ländern gegenübergestellt sah, war indessen so neu, daß mehr oder weniger grobe Fehler in der Valutapolitik der verschiedenen Länder nicht zu vermeiden waren. Der gewöhnlichste Fehler war, daß man einen zu hohen Geldwert erstrebte. Man gab sich allgemein der Hoffnung hin, daß ein Wiederaufschrauben des Geldwertes keinen großen Schwierigkeiten begegnen würde. Wenn dasselbe nur auf eine hinreichend lange Periode verteilt würde, und sich der Preisfall nur sehr langsam und praktisch unmerklich vollziehen könnte. Diese Utopie sollte bald zu harten Enttäuschungen führen. Wenn einmal ein gewisser höherer Wert der Valuta als Ziel aufgestellt war, so nahm die Spekulation die weitere Entwicklung der Valuta in ihre Hand, und die Autoritäten des Landes verloren oft jede Kontrolle über den Deflationsprozeß. Dänemark und Norwegen sind vielleicht das beste Beispiel für Länder, die eine langsame Deflation versucht haben, deren Valuta aber zu einem Spielball der internationalen Spekulation geworden ist, mit dem Ergebnis einer heftigen und volkswirtschaftlich verheerenden Deflationskrise. Andere Länder haben den entgegengesetzten Fehler gemacht, indem sie, um ganz sicher zu sein, die Stabilisierung bei einem etwas zu niedrigen Geldwerte durchgeführt haben. Dies hat dann dazu geführt, daß eine weitere Herabsetzung des tatsächlich bestehenden inneren Geldwertes nötig wurde, daß also das Land wieder eine kleine Inflation und eine darauf folgende ungesunde Spekulationsperiode erleben mußte. Ein Beispiel dieser Entwicklung wurde die österreichische Stabilisierung, und es ist fraglich, ob nicht gewissermaßen derselbe Fehler in Belgien begangen wurde.

Man würde meinen, daß nunmehr so viel Erfahrung gesammelt sein sollte, daß die Stabilisierungsfrage nirgends länger als dunkles Zukunftsproblem betrachtet zu werden brauchte. Jedoch gibt es immer noch Länder, die in dieser Frage noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen sind, und wo das künftige Schicksal der Valuta immer noch politischen Treibereien und eitlen Hoffnungen auf eine Wiederherstellung irgendwelches vom „Prestige" des Landes geforderten höheren Geldwertes ausgeliefert ist. Für Frankreich und in noch höherem Grade für Italien ist diese Unentschiedenheit eine große Gefahr und ein offenbares Hindernis für ein sonst zweifellos mögliches wirtschaftliches Wiederaufblühen. Dies ist nicht nur bedenklich vom Gesichtspunkte dieser Länder aus, sondern bedeutet auch eine schwere Schädigung der Weltwirtschaft.

Die Stabilisierung der Valuta war überall mit einem

Uebergang zur Goldwährung

verknüpft. Dies war keineswegs selbstverständlich. Eine Stabilisierung einer Papierwährung war ja auch möglich, wenn nur die Zahlungsmittelversorgung so reguliert wurde, daß das allgemeine Preisniveau konstant blieb. Diese Möglichkeit war wohl sehr umstritten worden, konnte aber nicht länger verleugnet werden, da eine in dieser Weise regulierte Papiervaluta immer den ersten Schritt zur endgültigen Festlegung der Valuta bei einer bestimmten Goldparität bildet. Die rationell regulierte Papiervaluta fand in manchen Ländern Fürsprecher, wohl meistens in wissenschaftlichen Kreisen. Den größten Einfluß gewann diese Richtung in England, und gerade in diesem Lande, der Wiege des Goldstandards, entfaltete sich ein sehr lebhafter Streit zwischen den Verteidigern der alten Goldwährung und den Fürsprechern einer selbständigen britischen Papiervaluta. Kein geringere als Keynes trat an die Spitze der letztgenannten Partei, und er verteidigte selbstverständlich seinen Standpunkt mit sehr großer Geschicklichkeit. **Theoretisch betrachtet kann die Ueberlegenheit einer rationell regulierten Papiervaluta nicht geleugnet werden.** Wir werden gleich sehen, daß die Goldwährung keineswegs die Stabilität, die man von einer gut geleiteten Papiervaluta erwarten kann, verbürgt. Die theoretische Betrachtung war in diesem Falle gewiß nicht unrichtig, sie bedeutete aber eine Abstraktion von Schwierigkeiten, die eben zu dieser Zeit eine ausschlaggebende Bedeutung hatten. In dem furchtbaren Wirrwarr, in welchem sich das ganze Geldwesen der Welt befand, war es dringend notwendig, eine Lösung zu finden, die zu einer unmittelbaren Stabilisierung des Geldwesens führen konnte. Keine Zeit durfte verloren gehen. Ohne Zweifel würde es aber sehr viel Zeit erfordert haben, hätte man die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern für die Neuheit einer rationell regulierten Papiervaluta gewinnen wollen. Der Augenblick für eine solche Propaganda war so schlecht wie möglich gewählt worden. Die Welt war vom tiefsten Mißtrauen gegen die Papiervaluta, von der man eine so überaus schlechte Erfahrung gehabt hatte, erfüllt, und überall sah das große Publikum die einzige Rettung in einer Rückkehr zur Goldwährung.

Aus diesem Grunde bin ich für die Goldwährung eingetreten und habe besonders in England gegen die Keynesschen Bestrebungen gekämpft. Die Goldwährung siegte. Die schwierigen Folgen, die die Gegenseite vorauszeigt hatte, blieben gewiß nicht ganz aus, wenn sie auch in milderen Formen, als viele Leute es sich vorgestellt hatten, auftraten.

Wenn man aber jetzt die ganze Entwicklung überblickt, kann man unmöglich bezweifeln, daß die

Rückkehr zur Goldwährung damals die glücklichste Lösung war

und in der Tat einen unschätzbaren Segen mit sich führte. Andererseits muß man es sich klar machen, daß das Gold an sich keine Wertbeständigkeit besitzt. Überhaupt ist ja der Wert nichts, was ein Ding an sich besitzt, sondern nur ein Austauschverhältnis. Der Wert des Goldes ist nichts anderes als die Kaufkraft des Goldes sämtlichen anderen Gütern gegenüber. Diese Kaufkraft ist nun im Laufe der Zeit keineswegs konstant geblieben. Veränderungen in dieser Kaufkraft können durch allgemeine Preisindexziffern gemessen werden, und in dieser Weise läßt sich feststellen, daß der Wert des Geldes auch in neueren Zeiten sehr große Veränderungen erlitten hat.

Wenn eine normal steigende Goldproduktion auf die Dauer nicht erwartet werden kann, so muß sich eine steigende Knappheit an Gold geltend machen, und diese Knappheit muß zu einer fortgesetzten Steigerung des Wertes des Goldes und zu einer entsprechenden Herabpressung des allgemeinen Preisniveaus führen. Ein solcher Zustand wird aber rin der Länge vollständig unerträglich sein, und bei fortgesetzter wirtschaftlicher Entwicklung wird es sich unter solcher Voraussetzung früher oder später als unmöglich erweisen, an der Goldwährung festzuhalten.

Dieses Ergebnis ist von so großer Bedeutung, daß es als notwendig erscheint, den Zusammenhang auch ziffernmäßig näher zu beleuchten. Zu diesem Zwecke habe ich die Entwicklung der Goldversorgung in der Periode von 1850 bis 1910 analysiert. Diese Periode eignet sich ganz besonders für ein Studium der Schwankungen der Goldversorgung und der Wirkungen dieser Schwankungen. Es verhält sich nämlich so, daß das allgemeine Preisniveau nach den englischen, auf Goldwährung fußenden Indexzahlen am Ende und am Anfang dieser Periode dasselbe ist. Die Goldversorgung der Welt ist also in dieser Periode im ganzen hinreichend gewesen, um den Wert des Goldes unverändert aufrecht zu erhalten. Hätte sich nun diese Geldversorgung in der Periode gleichmäßig entwickelt, so wäre wenigstens von der Seite der Goldproduktion keine Veranlassung für eine Veränderung des allgemeinen Preisniveaus vorhanden gewesen. In Wirklichkeit zeigt aber die Goldversorgung keine gleichmäßige Entwicklung. Sie war in der ersten Hälfte der Periode reichlicher, in der zweiten Hälfte knapper als die normale, d. h. als sie bei gleichmäßiger Entwicklung der Goldversorgung hätte sein müssen. Dementsprechend ist das allgemeine Preisniveau in der ersten Hälfte der Periode über die Normalhöhe gestiegen, in der zweiten Hälfte aber unter dieselbe gefallen. In der Hauptsache erklären sich die großen sekulären Bewegungen des allgemeinen Preisniveaus in der genannten Periode durch die Abweichungen der tatsächlichen Goldversorgung von der normalen.

Welche ist dann diese normale Steigerung der Goldversorgung, die das Preisniveau hätte unverändert lassen können? Der gesamte Goldvorrat der Welt konnte im Jahre 1850 auf etwa zehn Milliarden Goldmark geschätzt werden, war aber 1910 auf 52 Milliarden Goldmark gestiegen. Diese Steigerung entspricht einem jährlichen Zuwachs von 2,8 Prozent. Dieser Zuwachs kann also für die betreffende Periode als normal bezeichnet werden. Da die jährliche Abnutzung auf 2 pro Mille geschätzt werden kann, so erfordert ein solcher Zuwachs eine jährliche Goldproduktion von 3 Prozent des jeweiligen gesamten Goldvorrats. Hätte die Goldproduktion die ganze Zeit hindurch 3 Prozent des jeweiligen Goldvorrats betragen, so wäre von der Seite des Angebots keine Veranlassung für eine Veränderung des allgemeinen Preisniveaus vorhanden gewesen. Es hätte dasselbe bleiben können, da es 1850 und tatsächlich auch 1910 war.

Die hier gefundene Steigerungszahl immer von 2,8 Prozent des jeweiligen Goldvorrats stimmt sehr gut mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsgeschwindigkeit in derselben Periode überein. Andere statistische Daten für westeuropäische Staaten in dieser Zeit stellen eine Entwicklungsgeschwindigkeit von ungefähr 3 Prozent als charakteristisch dar.

Könnten wir nun auch für die Zukunft auf eine allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Tempo von etwa 3 Prozent pro Jahr rechnen, so müßte auch bei gleichmäßig wachsender Goldnachfrage eine jährliche Goldproduktion von 3 Prozent des jeweiligen Goldvorrats nötig sein, um das allgemeine Preisniveau unverändert aufrecht zu erhalten. Die gesammelte Goldmenge der Welt betrug nach meinen Berechnungen am Ende des Jahres 1925 etwa 75,5 Milliarden Goldmark, war also bereits beinahe anderthalbmal so groß als 1910. Die erforderliche Goldproduktion ist aus dem egnannten Grunde nunmehr auch anderthalbmal so groß als sie damals war. Wenn 1910 eine Goldproduktion von 1500 Millionen Goldmark genügend gewesen wäre, so würde 1925 eine jährliche Goldproduktion von 2219 Millionen Goldmark erforderlich gewesen sein, und was sehr wichtig ist, diese nötige Menge steigt jedes Jahr um 3 Prozent. Die Jahresproduktion betrug aber 1925 nur 1655 Millionen Goldmark und blieb damit sehr bedeutend hinter dem normal erforderlichen Betrag zurück. Es fehlt in den letzten Jahren über eine halbe Milliarde Goldmark in der normalen jährlichen Goldproduktion. Soweit wir jetzt sehen können, sind keine Aussichten dafür vorhanden daß dieses große Defizit ausgeglichen werden könne. Bei konstant bleibender Goldproduktion muß die Welt unvermeidlich vor ein stets wachsendes Defizit in der Goldproduktion gestellt werden.

Noch schlimmer muß sich die Lage gestalten, wenn die jährliche Goldproduktion zu sinken beginnen würde. Dies ist aber, was in der Tat befürchtet werden muß. Laut den Nachrichten, die jetzt für Südafrika vorliegen, und die von den allerersten Autoritäten stammen, muß man damit rechnen, daß schon nach 15 Jahren die Geschichte von Witwatersrand als eine Goldquelle ersten Ranges zu Ende gekommen sein wird. Die mittlere Lebensdauer einer Goldgrube beträgt etwa 20 Jahre und da seit längerer Zeit keine Grubenanlagen mehr in Angriff genommen werden, muß die Goldindustrie offenbar allmählich aussterben. Natürlich können wir nicht wissen, ob neue Goldgruben gefunden werden können. In wirtschaftlichen Berechnungen sind wir aber darauf angewiesen mit den im gegebenen Augenblicke bekannten Tatsachen zu rechnen. Soweit wir jetzt sehen können sind keine Aussichten vorhanden, daß irgend welche Goldfunstätten von der Bedeutung von Witwatersrand entdeckt werden würden. Wenn dieses aber nicht der Fall sein wird, so ist ein starker Rückgang im absoluten Betrag der jährlichen Goldproduktion der Welt unvermeidlich, und wir stehen vor einem stark wachsenden Defizit in unserer Goldversorgung.

Diese ganze Schlußfolgerung hängt natürlich von der Voraussetzung ab, daß die Weltwirtschaft sich auch in der Fortsetzung mit einer Geschwindigkeit entwickelt, die derjenigen entspricht, die wir früher als normal zu betrachten gewohnt waren. Nach den düsteren Erfahrungen des Krieges und der ersten Nachkriegszeit haben viele Leute die Möglichkeit einer solchen Zukunft bezweifelt. Gerade die große Zerstörung hat aber einen schnelleren Fortschritt notwendig gemacht, und wir stehen jetzt schon in einer Periode, wo die wirtschaftliche Entwicklungsgeschwindigkeit für eine ganze Reihe von Ländern sehr stark ist. Dies gilt wohl zunächst in der Hauptsache für nichteuropäische Länder. In der neuesten Zeit ist aber auch Deutschland in die Reihe dieser stark fortschreitenden Länder eingetreten. Die technischen und organisatorischen Fortschritte sind gerade in den letzten Jahren stärker als je in einem so kurzen Zeitraume geworden. Wenn wir mit friedlichen Verhältnissen rechnen können, so kann es absolut nicht als ein übertriebener Optimismus betrachtet werden, wenn man für die nächste Generation wieder eine Fortschrittsgeschwindigkeit von etwa 3 Prozent voraussetzt.

Für die Zukunft müssen wir also, soweit wir jetzt sehen können, mit einer steigenden Goldknappheit rechnen. In den Produktionsziffern tritt diese Goldknappheit schon seit einigen Jahren mit großer Deutlichkeit hervor. Und dennoch kann man kaum sagen, daß die Welt augenblicklich an einer Goldknappheit leidet. Die Zentralbanken haben meistens sehr reichliche Goldvorräte, und in den Vereinigten Staaten herrscht sogar ein auffallender Goldüberfluß. Die monetäre Nachfrage nach Gold hängt aber von der Gesetzgebung und den Zentralbanken ab. Sie kann reguliert werden, wenn nur zu diesem Zweck ein Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Staaten zustande kommt. Man hat hier ein Mittel, mit dessen Hilfe eine steigende Goldknappheit wirksam bekämpft werden kann.

Mit dieser Beobachtung ist in der Tat der Weg für die rationelle Goldpolitik der Zukunft gegeben. Die internationale Finanzkonferenz in Genua 1922 hat auf diesen Weg hingewiesen, indem sie ein Zusammenarbeiten der Zentralbanken zwecks Beschränkung der Goldansprüche, besonders durch Konzentration der Goldkassen, in einigen wenigen Finanzzentren empfahl. Redner erörtert dann die Gefahren der Goldzirkulation und hofft, daß die Welt dem Beispiel Englands, Deutschlands u. a. folgt und endgültig auf die aktuelle Goldzirkulation verzichtet. Er fährt fort: Die Politik der Goldsparsamkeit ist beschädigt einer drohenden Gefahr, über welche die europäisch-amerikanische Währungspolitik nur eine sehr geringe Kontrolle hat, ausgesetzt. Diese Gefahr ist die indische Goldnachfrage. Indien nimmt einen sehr beträchtlichen Teil der jährlichen Goldproduktion der Welt an sich. Vergrößert wurde diese Gefahr durch die Forderung auf Einführung einer eigenen indischen Goldwährung. Jedoch ist durch ein Gutachten Cassels diese Seite der indischen Valutafrage geregelt worden, und zwar so, daß die indische Goldwährung in der Hauptsache nach dem Muster der neuen englischen Goldwährung eingerichtet wird.

Es ist möglich, daß die Goldsparsamkeitspolitik in der Zukunft so großen Schwierigkeiten gegenübergestellt werden wird, daß sie nicht länger fortgesetzt werden kann. Dies bedeutet aber nicht, daß eine Weltwirtschaft, die auf der Grundlage der Goldwährung ruht, sich einfach mit einer durch die Goldknappheit bewirkten Preissenkung und der damit folgenden wirtschaftlichen Depression abfinden würde. Die Welt hat jetzt schon gelernt, daß eine rationell regulierte Papiervaluta möglich ist. Die Handhabung der Goldsparsamkeitspolitik ist die beste Vorbereitung zum Übergang zu einem System von rationell regulierten Papierwährungen; denn die Goldsparkeitspolitik bedeutet ein fortdauerndes Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Ländern zwecks einer systematischen Regulierung des Wertes des Goldes.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bespricht Redner die Kapitalverhältnisse und die Discontopolitik in den Vereinigten Staaten, sowie die Aufgaben der allgemeinen Beziehungen zwischen Zentralbanken und Kapitalmarkt. Redner kommt bezüglich der Goldpolitik der Vereinigten Staaten zu dem Schluß: Die Goldpolitik der amerikanischen Bankleitung muß sich darauf einstellen, die ganze Zahlungsmittel- und Kreditversorgung des Landes von jeder Abhängigkeit von der Ein- oder Ausfuhr von Gold zu befreien. Die Vereinigten Staaten müssen sich daran gewöhnen, auch ein kräftiges Ausströmen von Gold mit vollständiger Ruhe zuzugeben und ohne Einfluß auf ihre Goldpolitik zu lassen. Erforderlich ist ferner ein vertrauliches Zusammenwirken der amerikanischen Bankleitung mit den Bankleitungen anderer wichtiger Länder zwecks universeller Durchführung der Goldsparsamkeitspolitik. Hier wird die Welt eine Gelegenheit haben, zur Übung in der sehr nützlichen Kunst des internationalen Zusammenarbeitens für ein großes gemeinsames Wohl.

Der Redner befaßte sich dann mit dem Problem der vom Kriege vererbten

internationalen Verschuldung.

Mit ihm und der Währungsstabilisierung besteht ein naher Zusammenhang. Auch eine ziemlich geringe Erhöhung des Goldwertes steigert den Realwert der Kriegsschulden um Milliarden von Mark. In der Tat sind die interalliierten Schulden in dieser Weise schon ganz bedeutend gesteigert worden. Für die Zukunft ist die weitere Wertentwicklung des Goldes für die Länder, deren Schulden schon in Gold festgelegt sind, eine Frage, in welcher sie sehr große Interessen wahrzunehmen haben. Die englische Staatsschuld beträgt etwa 7 Milliarden Pfund Sterling und schon eine Steigerung des Wertes des Goldes mit 1 Prozent würde einer realen Vermehrung dieser Staatsschuld mit 70 Millionen Pfund, d. h. 1400 Millionen Mark gleichkommen. Unter solchen Umständen müßten sich alle Schuldnerländer in einem kräftigen Widerstand gegen jede Erhöhung des Wertes des Goldes vereinigen. Von einem politischen Zusammenwirken der Schuldnerländer zu diesem Zweck ist aber bisher merkwürdigerweise kaum eine Spur zu sehen.

Für die deutsche Kriegsentschädigung

hat der Wert des Goldes nicht dieselbe Bedeutung als wie für ein Land wie Amerika. Da eine Herabsetzung der Dawes-Zahlungen erst nach einer Vermehrung des Goldwertes von 10 Prozent stattfinden soll und da man wohl damit zu rechnen hat, daß Ansprüche an eine solche Herabsetzung einem großen Widerstand begegnen würden, so hat auch Deutschland ohne Zweifel ein Interesse daran; daß der Wert des Goldes nicht weiter gesteigert wird. Würde es in Zukunft nicht gelingen, eine wesentliche Wertsteigerung des Goldes zu verhindern, so könnte sich Europa unmöglich in der so bewirkten Verschärfung seiner Verschuldung an die Vereinigten Staaten binden. Wir müssen auch beachten, daß die großen Auslandsschulden die Währungsstabilisierung für die Schuldnerländer erschweren und die Aufrechterhaltung der einmal gewonnenen Stabilisierung immer bedrohen. Dieses Verhältnis hat für Deutschland die allergrößte Bedeutung, in der Tat eine so große Bedeutung, daß der Dawesplan

---

Krippenspiele.

Der Bühnenvolksbundverlag bringt zu dem herannahenden Weihnachtsfest Krippenspiele. Teils neu, teils in neuer Auflage. Damit genügt der Verlag, soweit seine Spiele die hier besonders notwendige Kritik bestehen können, einem dringenden Bedürfnis. Denn es ist gut und schön, wenn unser Volk das heilige Geheimnis der Menschwerdung auch im Krippenspiel feiert. Solche Spiele, in richtiger Gesinnung unternommen und durchgeführt, können viel zur Vertiefung der Festfreude beitragen. Vor allem aber ist Klarheit darin notwendig, daß Krippenspiele nicht Selbstzweck oder bloße Unterhaltung sind, sondern Herz und Gemüt auf die Großtat Gottes lenken sollen, die sich im hohen Weihnachtsfest immer von neuem darstellt. Diesem Zweck dient in vollkommener Weise nur die kirchliche Liturgie. Und wer glaubt, er könne die liturgische Weihnacht der Kirche durch Krippenspiele ersetzen, der geht fehl. Beim Krippenspiel handelt es sich in der Regel um nichts anderes als eine naive, überwiegend dem Gemütsbereich zugehörende Kunstfreude, die mit Religionsübung zu verwechseln ein verhängnisvoller Irrtum ist. Eine solche Kunst ist nicht Gottesdienst und kann in religiöser Hinsicht nur mittelbar fördern.

Weil das Krippenspiel seine Motive dem Religiösen entnimmt, muß der Veranstalter mit besonderem Takt die mit dem Spiel hervorgerufenen Eindrücke im Auge behalten. Die in dieser Hinsicht in der Veranstaltung von Krippenspielen verborgen liegende Gefahr ist sehr groß. Der alte Erfahrungssatz, daß im Bereich einer Schaustellung das Erhabene nur um Haaresbreite vom Lächerlichen sich scheidet, gilt hier in besonderem Maße. Wer es unternimmt, ein Krippenspiel aufzuführen, muß sich ernsthaft die Frage vorlegen, ob Darsteller und Regie, so wie sie zur Verfügung stehen, ihrer Aufgabe gewachsen sein werden. Sorgfalt ferner ist geboten bei der Auswahl des Spieles.

„Die fröhlichen drei Könige" von Heinz Steguweit (43 Seiten, Pr. 1,25 RM., Rolle 90 Pfg.) sind ein Rüpel- und kein Krippenspiel. (Vergl. die Besprechung der Kölner Uraufführung an dieser Stelle.)

Die anderen gleichzeitig gebotenen Krippenspiele können durchgehen. Das Beste davon ist wohl „Das kleine Weihnachtsspiel" von Franz Herwig (44 Seiten, Pr. 1,25 RM., Rolle 90 Pfg.) das freilich an die Darsteller hohe Anforderungen stellt, wegen der unmittelbar aufeinanderstoßenden Gegensätze von weltlicher Gesinnung und Heiligkeit, wobei erstere einen sehr breiten Raum einnimmt. Gustav Grund: „Das Spiel von Bethlehem" (38 Seiten, Pr. 1,25 RM., Rolle 90 Pfg.), das seine Uraufführung in der Hamburger Katharinenkirche erlebte, ist ein künstlerisch feines Spiel, aber zu sehr in humanitären Bereich gerückt. Das Geheimnis der Krippe von Bethlehem ist ohne die messianische Verheißung ein unverständliches Geschehen, und es ist ein vergebliches Bemühen, der Menschwerdung nur durch soziale Affekte Belang für die Menschen zu verleihen. An dem gleichen Mangel leidet, wenn auch dichterisch fein und zart, „Das Christ-Geburtsspiel" von Franz Wege (35 Seiten, Pr. 1,25 RM., Rolle 90 Pfg.) Eine unverkennbare Begabung des Verfassers zum klingenden Spiel mit Versen beeinflußt auch die Gedankenführung. Es ist eine Eigenart, welche klarer Abwicklung des Spieles abträglich ist. Ein gutes Krippenspiel dagegen ist: „Ein deutsches Weihnachtsspiel" von Konrad Dürre (35 Seiten, Pr. 1,25 RM., Rolle 90 Pfg., welches jetzt in 6. Auflage erscheint. Dieses Spiel kann warm empfohlen werden. In.

Weihnachtsbücherschau.

Neue Spiele aus dem Bühnenvolksbundverlag.

„Die Geburt unter dem Kreuz". Von Else Mögelin. Ein Weihnachtsspiel mit Musik von Hansmaria Dombrowski. Kart 1,50 Mk. Else Mögelins Dichtung sucht das Weihnachtsgeheimnis als Mysterienspiel aufzubauen. Sie hat den Stoff mit Anlehnung an die alten Weihnachtsspiele geradezu meisterhaft geformt. Denn wir haben hier eine Dichtung vor uns, die in dem großen Geschehen der Weihnacht mehr sieht als ein Hirtenidyll mit Schellenklang, die das Mysterium der Menschwerdung in erlebter Schau dem heutigen Menschen darstellt. Die Dichterin hat die Gabe, innerlich Erlebtes in hohe sprachliche Formen zu gießen. Wenige werden allerdings die Gabe haben, dieses Mysterienspiel darzustellen. Diesen aber bietet die schöne Dichtung — nach ihrem eigenen Wunsche — Gelegenheit, „eine Adventszeit innerer Bereitschaft zu leben". — „Das Spiel vom St. Christophorus". Von Theodor Seidenfaden. 3. Aufl. Kart. 1,25 Mk. Die bekannte Christophorus-Legende in Form eines Gemeinschaftsspieles wird der Jugend dargeboten. Der Dichter hat den Inhalt dieser Legende als die symbolische Wiedergabe des Schicksals der Menschenseele herausgearbeitet. Damit erhält seine Bearbeitung durch die Fülle ihres ethischen Gehaltes ihren besonderen Wert. Wir erkennen in der Gestalt des Helden und der Beteiligten den Werdegang eigener Lebensfahrt. Dabei hat Seidenfaden auch den Einzelpersonen mit feinem Geschick eine individuelle Tönung gegeben, welche sich aber dem echt volkstümlichen, urkräftigen Bilde des Christophorus gut einpassen. Eine ausführliche Spielanweisung erleichtert die Darbietung des Stückes, das ganz besonders für unsere Jugendbewegung geeignet ist. „Volk ohne Heimat". Von Hans Christoph Kaergel. 3. Aufl. 1,25 Mk. Not und Schicksal der bedrängten Menschen Oberschlesiens, die durch polnische Insurgenten der Heimat beraubt werden, ist dem Dichter der Stoff, aus dem er das sehr ernst gefaßte Spiel vom Gemeinschaftsschicksal gestaltet. Inneres und äußeres Elend, zähe, vaterlandstreue und durch den Krieg verstumpfte Nihilisten, gottvertrauende Frauenseelen und verzweifelnd verzagende Männer ziehen vorüber. In ihrem Ringen um die Idee des Vaterlandes, um ihre Heimat, werden sie von zwei Feuerköpfen entschieden beeinflußt. Der nicht leichte Stoff ist übersichtlich aufgebaut, erleichtert aber dadurch noch nicht die schwierige Aufführung. — „Das Freiheitsspiel von Wilhelm Tell." Von Walter Eckart. Kart. 1.— Mk. Der alte Tellstoff, der den neuerwachenden Jugendgeist unwillkürlich zum spielerischen Gestalten lockte, hat bereits mehrfache Ueberarbeitungen erfahren. Diese neue Darbietung bietet rein stofflich wenig Neues. Sie hält sich im Gegenteil sehr stark an den Grundtext. Ihr Eigenwert beruht hauptsächlich in der Uebersetzung des dramatischen Aufbaues ins Chorische. Die dem Chorspiel und dem Sprechchor zugetane Jugend wird es daher ganz besonders begrüßen. — „Der Christmarkt". Von Kurt Gerlach. Kart. 0,90 Mk. Ein Spiel für die Jüngeren. Was ein kleiner Junge, der — getrieben von bitterem Elend — seine Hampelmänner ohne Gewerbeschein verkauft, dabei von der Polizei ertappt wird und schließlich doch noch Weihnachten feiert — ist in ganz schlichter, frischer Art erzählt. Der Grundton des Spieles liegt in dem „Andern Freude machen, ist selbst die größte Freude". Das ganze darf als geeignet erscheinen, jüngere Gemüter gut zu beeinflussen. — „Mummenschanz". Von Karl Jakobs. Ein lustiges Spiel. Kart. 1.— Mk. Edelstes Volksgut schlummert in unseren uralten Volksfesten, die leider immer mehr verschwinden. Ihnen wiederum neues Leben zu geben und ihre Art zu erschließen, ist die Aufgabe des Werkes. Es will alle zu Beteiligten machen, somit ein kernechtes Volksfest inszenieren. Das Austreiben des Winters und das Fest des Frühling bilden den Grund und Boden, auf dem dann echte volkstümliche Freude aufbaut, die in humorvollen Neckereien der ganzen Dorfbewohner ihren Höhepunkt erreicht. — „Schnick und Schnack" die beiden. Ein Schelmenspiel von Stenström/Budde. Kart. 1,25 Mk. Zwei Ueberschlaue, die dann mehrere Ueberdumme auf drollige Weise hintergehen und schließlich zugleich einem Kinde gefangen werden. Humorvoll und köstlich zugleich. Die Charakterisierung einzelner Typen ist gelungen und wird Beifall finden. Es wird sich selbstverständlich nur in gewissem Rahmen aufführen lassen, da es nur als „Schelmenspiel" gedacht ist. — „Wir Rüpelspieler", eine Sammlung neuer und alter Scherz- und Schimpfspiele. 1. Aufl. Bühnenvolksbundverlag, Berlin. Steguweit Heinz „Die Gans". Bd. 1 kart. 0,65; Rolle 0,45 Mk.; Steguweit Heinz „Iha, der Esel". Band 2 kart. 0,75, Rolle 0,50 Mk. Bink Karl Wilhelm „Nachtwächter". Band 3 kart. 0,75, Rolle 0,50 Mk. Weege Fritz „Der Bauer und sein Knecht". Band 4 kart. 0,90 Rolle 0,60 Mk. Unsere Jugend, soweit sie am Laienspiel interessiert ist, ist zwar nicht um geeignetes Material zu Aufführungszwecken verlegen, und doch füllt diese Sammlung eine gewisse Lücke im Repertoir aus, insofern, als die in ihr erschienenen Spiele, die die Tradition des mittelalterlichen Fastnachtspieles im besten Sinne weiterführen, immer und überall, bei jedem Thing und Treffen, draußen und drinnen, mit dem denkbar geringsten Aufwand von Theaterrequisiten und Personen aufgeführt werden können. Obgleich die Verfasser am Schlusse eines jeden Spieles konkrete Vorschläge zu einer flotten Gestaltung der Aufführung beibringen, so ist doch dem jugendlichen Erfinder- und Regisseurgeist Raum genug gelassen. Eine Sp

besondere Vorsichtsmaßregeln gegen eine Gefährdung der deutschen Valuta durch die großen Zahlungsansprüche auf Konto der Kriegsentschädigungen schaffen mußte. Bekanntlich hat der Dawesplan eine scharfe Unterscheidung gemacht zwischen den Zahlungen Deutschlands an das Reparationskonto und der Überführung dieser Mittel in fremde Valuta. Für die ersten Zahlungen sind die Zahlungsverpflichteten nach den Bestimmungen des Dawesplanes verantwortlich, und besonders haftet das Deutsche Reich für seine Zahlungen mit dem nach dem Plane verpfändeten Steuern. Sobald aber die Zahlungen an das Reparationskonto in RM. geleistet worden sind, hat Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Die Überführung der Mittel in fremde Valuta ist ganz und gar Sache der Transferkomitees und seines dies ohne Gefährdung der deutschen Valuta genehmigt oder seines Vertreters, des Reparationsagenten. Er kann transferieren, solange dies ohne Gefährdung der deutschen Valuta geschehen kann, muß aber im entgegengesetzten Falle die Transferierung einstellen. Die deutsche Valuta darf also unter keinen Umständen durch die Transferierung unter die bestimmte Goldparität herabgepreßt werden.

Die Urheber des Dawesplanes haben offenbar geglaubt, daß in diesen Bestimmungen über die Transferierung ein befriedigendes Kriterium dafür liegen würde, daß die Reparationszahlungen nicht länger fortgesetzt werden würden als sie eine tatsächliche Unterlage in der Zahlungsfähigkeit Deutschlands an das Ausland hätten. Und der Dawesplan ist auch sehr gerühmt worden, weil er die Transferierungsschwierigkeiten vorausgesehen und Anordnungen für das Vermeiden derselben geschaffen hat. Ist nun diese Auffassung richtig? Es scheint mir offenbar, daß dies nicht der Fall ist und daß eben in diesem Punkte die größten Schwierigkeiten des Dawesplanes liegen. Die Politiker, die den Dawesplan durchsetzten, wollten einen Kapitalstrom von Deutschland nach den anderen Ländern zuwege bringen. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten waren stärker und zwangen den Kapitalstrom in entgegengesetzter Richtung, von der Außenwelt nach Deutschland zu gehen. Die internationalen Kapitalbewegungen sind in der Tat so kräftig gewesen, daß sie den ganzen Dawesplan in den Schatten gestellt haben.

Wie wird sich jetzt die Zukunft gestalten?

Offenbar müssen wir damit rechnen, daß auch weiter die Elastizität des internationalen Kapitalmarktes ziemlich lange die Schwierigkeiten zu überbrücken imstande sein wird und die Überführungen des Reparationsagenten ermöglicht werden, trotz dessen, daß sie einer Unterlage in der tatsächlichen Handelsbilanz zwischen Deutschland und seinen Gläubigern entbehren. Dies kann dazu führen, daß der Dawesplan in Kraft bleibt, bis sich endlich das ungesunde und in der Tat absolut Unhaltbare der Lage offenbart, da man soweit gekommen sein wird, daß man vor unüberwindlichen Schwierigkeiten steht. Der Dawesplan wird dem Anschein nach gut funktionieren und die Welt wird betrogen werden, wie sie bisher betrogen wurde. Der Tag aber wird kommen, da ein weiteres Vorgehen auf diesem Wege unmöglich sein wird. Die Fähigkeit Deutschlands, Anleihen im Auslande aufzunehmen, hat ihre Begrenzung in der Möglichkeit befriedigende Hypotheken zu finden. Bei fortgesetzten Anleihen in der bisherigen Skala kann es aber nicht lange dauern, bis alle für den internationalen Kapitalmarkt anwendbaren Hypotheken in Zuspruch genommen sein werden. Dann wird der Dawesplan offenbar eine sehr ungesunde Lage geschaffen haben und die Reparationszahlungen werden für eine lange Zeit außerordentlich erschwert worden sein.

Die

wesentliche Schwierigkeit des Transferierungsproblems

liegt, so paradox es auch klingen mag, in der Tat darin, daß die Länder, die auf Reparationszahlungen bestehen, im Grunde genommen keine Zahlungen haben wollen. Der Gegensatz, der hier zutage tritt, ist in letzter Linie ein Gegensatz zwischen den finanziellen und handelspolitischen Interessen der Empfangsländer selbst. Dieser Gegensatz kann nur durch eine tiefgehende Reformierung des herrschenden handelspolitischen Denkens überbrückt werden. Ein unbehindertes Überführen von Reparationszahlungen setzt eine solche Handelspolitik voraus, die in weitestem Umfange darauf eingerichtet ist, eine Zufuhr von deutschen Waren und Diensten zu erleichtern. In letzter Linie hängt die Möglichkeit einer solchen Handelspolitik in hohem Grade von den Vereinigten Staaten ab, die ja das zahlungsberechtigte Land sind. Sie müssen auch an der positiven Arbeit zur Erleichterung der internationalen Zahlungen teilnehmen und zu diesem Zweck ihre Grenzen in weit liberalerer Weise als bisher für die Zufuhr von europäischen Waren öffnen.

Hier gibt es überhaupt keine Wahl.

Entweder muß die Welt eine wesentlich freiere Handelspolitik haben, oder sie muß die Entschädigungs- und sonstigen Kriegsforderungen streichen. Unter keinen Umständen darf ein Versuch gemacht werden, diese Forderungen unter Aufrechterhaltung der bestehenden handelspolitischen Isolierung einzutreiben. Jeder solcher Versuch muß unvermeidlich zu einer ernsten Gefährdung der endlich erreichten Valutastabilität führen und ist deshalb zum Mißlingen verurteilt. Die Valutastabilität kann die Welt unter keinen Umständen entbehren. Das freundschaftliche Zusammenwirken der Völker muß auch auf das Gebiet des internationalen Handels ausgedehnt werden. Das Bestehen auf Zahlung von Kriegsentschädigung und sonstigen Kriegsforderungen darf hier nicht im Wege stehen. Auch dieses Problem muß im Zeichen der rationellen Verständigung und des aufrichtigen Zusammenwirkens für das gemeinsame Wohl der Menschheit gelöst werden."

Der Redner erntete für seine hochinteressanten, tiefschürfenden Ausführungen verdienten Beifall. Bedauerlich war es nur, daß ein Teil der Zuhörer infolge der für den großen Saal nicht ausreichenden Stimmittel und der nicht immer leicht verständlichen Ausdrucksweise des Redners in der lückenlosen Erfassung der Gedankengänge des Vortrages behindert wurde.

Wie üblich, schloß sich dem Vortrag ein gemeinschaftliches Abendessen im Hotel „Der Fürstenhof" an, bei dem noch ein reger Gedankenaustausch in ungezwungener Weise erfolgte.

Die Weltwirtschaftliche Gesellschaft, die sich seit Jahren um die Aufklärung aller in Betracht kommenden Kreise über alle mit der Weltwirtschaft zusammenhängenden Fragen und Probleme ein großes Verdienst erworben und sich als notwendiges Bindeglied zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und allen mit ihnen verbundenen Kreisen erwiesen hat, darf den Verlauf dieses Abends, der allen Zuhörern eine reiche Belehrung über die Zusammenhänge, die stabile Währung und Wirtschaftsführung miteinander verknüpfen, bot, als vollen Erfolg ihrer Bestrebungen buchen.

E—s.

Vermischtes.

• ✣ **Vier Feuerwehrleute bei einem Brande verunglückt.** Berlin, 10. Dez. Heute mittag brach in der Nürnberger Straße Ecke Tauentzinstraße ein großer Brand aus, der die Dachstühle mehrerer Häuser niederlegte. Fünf Züge der Feuerwehren waren prompt zur Stelle. Bei der Bekämpfung des Feuers schossen den Feuerwehrleuten große Stichflammen entgegen, so daß vier Mann schwer verletzt wurden.

• **Aus dem Zuchthaus entwichen.** Berlin, 11. Dez. Aus dem Zuchthaus in Sonnenburg sind in der Nacht zum Samstag fünf Sträflinge entwichen nach denen jetzt auch die hiesige Polizei sucht. Alle Entwichenen sind wegen schweren Raubes und Einbruchs zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt worden, und hatten noch durchschnittlich vier bis fünf Jahre zu verbüßen. Der ebenfalls aus dem Zuchthaus in Sonnenburg Mitte November entwichene, zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilte Erich Hoffmann, wurde am Samstag, als er im Begriff war nach Hamburg abzufahren, festgenommen.

• **Zwei Kinder durch Gasvergiftung ums Leben gekommen.** Berlin, 11. Dez. Heute nacht fand der Schlosser Müller, als er mit seiner Ehefrau zurückkehrte, seine drei Kinder, zwei Knaben im Alter von 6 bzw. 3½ Jahren und ein Mädchen von 2¼ Jahren, in ihren Betten liegend durch Gas vergiftet vor. Wiederbelebungsversuche waren nur bei dem ältesten Kinde von Erfolg, bei den beiden anderen konnte der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Die Ursache der Gasvergiftung ist noch nicht geklärt.

• **Zusammenstoß von Auto und Motorrad.** Baltendar bei Koblenz, 11. Dez. In der Nacht zum Samstag stieß bei Bendorf ein Auto in dichtem Nebel mit einem Motorrad zusammen. Der Motorradfahrer war sofort tot, der Begleiter erlag seinen Verletzungen am folgenden Morgen.

• **Zu Unterbrechung des Bahnverkehrs bei Leipzig-Meuselwitz.** Leipzig, 10. Dez. Durch Unterspülung des Eisenbahndammes an der Linie Lucka—Meuselwitz ist heute abend eine Störung im Personenverkehr zwischen Meuselwitz und Lucka eingetreten. Die Züge konnten nicht mehr verkehren. Die Passagiere wurden durch Autos weiter befördert. Der Schaden, der durch das unvorhergesehene Überlaufen einer Spülkippe der Grube Bismarck entstanden war, ist jetzt bereits wieder beseitigt, so daß der Verkehr wieder aufgenommen werden kann.

• **Schwerer Autounfall.** Wolfenbüttel, 10. Dez. Gestern abend stieß bei Thiede der Wagen einer Braunschweiger Likörfabrik mit dem Automobil des Amtsrates Köster zusammen. Dabei wurde der erstere Wagen in den Straßengraben geschleudert, der Reisende Lippelt aus Braunschweig war sofort tot. Einige andere Insassen beider Autos erlitten mehr oder weniger leichte Verletzungen.

• **Folgenschwere Gasexplosion.** Brieg, 10. Dez. Im benachbarten Löwen entstand im Hause eines pensionierten Lehrers eine Gasexplosion, die das Dach zerstörte und eine Wand eindrückte. Eine Frau mit ihrem einjährigen Enkelkind wurde dabei getötet.

• ✣ **Ein Postgebäude auf Sardinien eingestürzt.** Rom, 11. Dez. In Cagliari auf der Insel Sardinien stürzte ein neuer Postpalast ein. Sechzehn Personen wurden unter den Trümmern begraben. Bisher sind drei Tote geborgen worden.

Sport, Turnen, Wandern.

Die Meisterschaftsspiele im Westfalenbezirk

Auch der zweite Dezembersonntag brachte Überraschungen.

(MZ) **Münster** 11. Dezbr. (Eig. Bericht.) Die Meisterschaftsspiele im Westfalenbezirk verliefen auch am zweiten Dezembersonntag nicht ohne Überraschungen. In der Ostgruppe waren die Ergebnisse normal. V. f. B. Bielefeld befestigte weiterhin seine Führungsstellung durch einen 5:0-Sieg über Teutonia, Lippstadt. Bei der Pause sah es noch gar nicht nach einem sicheren Siege der Bielefelder aus. Die Teutonen zeigten großen Eifer und ließen den Gegner bis zur Pause nur einmal einen Erfolg zukommen. Nach der Pause setzte sich natürlich das große Stehvermögen der Bewegungsspieler durch, und die Lippstädter mußten sich bis zum Schluß noch viermal geschlagen bekennen. Sonst fand in der Ostgruppe nur noch ein Treffen zwischen den Abstiegskandidaten Viktoria-Recklinghausen — Westfalia-Scherlebeck statt. Der Kampf in Recklinghausen war hart, da es um die Existenz des einen oder anderen Vereins ging. Die Scherlebecker waren glücklicher und siegten knapp mit 2:1 (1:1) Toren. Die Tabellenspitze hält also nach wie vor V. f. B. Bielefeld mit 18:4 Punkten. Es folgt dann der Neuling Sp.-Vg. Herten mit 16:8 Punkten vor dem vorjährigen Meister Arminia-Bielefeld, der bisher 14:16 Punkte zu verzeichnen hat. Die vorletzte und letzte Stelle halten Viktoria-Recklinghausen und Westfalia-Ahlen besetzt.

In der Westgruppe konnte der Tabellenführer Borussia-Rheine sein Treffen in Greven 09 nicht durch einen Sieg sicherstellen. Die Einheimischen vermochten der Spitzenreiter gewaltigen Widerstand entgegenzusetzen und erzielten ein verdientes Unentschieden mit 2:2. Die Borussen stehen aber trotzdem noch vorläufig ungefährdet da. V. f. L. Osnabrück, der erst am letzten Sonntag in Münster gegen Preußen einen bemerkenswerten Sieg feiern konnte, konnte dieses Mal zu Hause gegen den anderen münsterischen Verein — und zwar S. C. Münster 08 — nicht bestehen und unterlag glatt mit 2:6 (0:4). Die Hammer Sp.-Vg. hatte auf eigenem Gelände ihre liebe Mühe und Not, um durch einen knappen 1:0-Sieg sich beide Punkte gegen Preußen Münster zu sichern. Das entscheidende Tor fiel in der ersten Viertelstunde. In der Westgruppe führt nach wie vor Borussia-Rheine mit 17:3 Punkten vor Hammer Sp.-Vg. mit 13:9 Punkten und S. C. Münster 08 mit 11:11 Punkten. Am Tabellenende stehen F. V. Osnabrück 06 mit 9:15 und Preußen Münster mit 8:13 Punkten.

Wir müssen uns leider heute darauf beschränken, nur diese kurzen Angaben zu machen und lassen in der nächsten Ausgabe die ausführlichen Berichte folgen. Nachstehend Ergebnisse aus Westdeutschland.

*

Westdeutschland.

Meisterschaftsspiele.

Brg.-Märk. Bezirk. Fortuna Düsseldorf — BC. 05 Düsseldorf 4:1, SC. Elberfeld-Sonnborn — Ratingen 04 2:0, Sp. Vg.-Solingen-Gräfrath — Solingen 95 0:0, BV. 04 Düsseldorf — Germania Elberfeld 0:1, Gerresheim 08 — Eller 04 3:6, Schwarz-Weiß Barmen — Turu Düsseldorf 3:2.

Rheinbezirk. Köln-Mülheimer SV. — Alemannia Aachen 5:2, SC. M.-Gladbach — Jugend Kalk 5:0, Odenkirchen 07 — Blau-Weiß Köln-Lindenthal 5:2, Kölner BC. — Sp.-Vg. Köln-Sülz 07 0:5, Viktoria Rheydt — VfR. Köln 5:3, Köln-Bingst 05 — VfB. 08 Aachen 2:2.

Mittelrheinbezirk. FV. Engers — SC. Neuwied 3:5, FV. Neuendorf — Sp.-Vg. Andernach 2:1, Viktoria Neuwied — SC. Koblenz 1900/02 2:4.

Niederrheinbezirk. VfB. Ruhrort — Duisburger Sp.-V. 2:4, Sp.-Vg. Oberhausen-Sterkrade — Greiffschalter Sp.-V. Mörs 5:2, SpC. Osterfeld — Meiderich 06 5:1, Union Krefeld — Duisburg 99 6:4, FV. Duisburg 08 — Homberger SpV. 2:1, Meidericher VfB. — Preußen Krefeld 0:3 abgebrochen, Hamborn 07 — SpC. Sterkrade 1:3.

Ruhrbezirk. TuS. Bochum — Essener SV. 99 0:2, VfB. Stoppenberg — VfB. Linden 1:2, Schwarz-Weiß Essen — Preußen Essen 2:1, Union Gelsenkirchen — Schalke 04 1:1, VfB. Alemannia Dortmund — Erle 08 1:1, Geisenkirchen 07 — Dortmund 95 4:1.

Südwestfalenbezirk. Sportfreunde Siegen — Hagen 05 3:0, Jahn Werdohl — Hagen 72 3:2, Hagen 1911 — SuS. Hüsten 3:0.

Hessen-Hannover Bezirk. Hermannia Kassel — Kurhessen Kassel 1:3, Göttingen 05 — Sp.-Vg. Göttingen 1:2, SC. 03 Kassel — Tura Kassel 5:0.

Gesellschaftsspiele.

Düsseldorfer SC. 99 — Rheydter SpV. 2:2, Viktoria Düsseldorf — VfL. Benrath 2:0, Arminia Bielefeld — VfB. Altenessen 0:3.

Pferdesport.

Rennen zu Gelsenkirchen.

L **Gelsenkirchen**, 11. Dez. (Eig. Drahtb.) Der Rennverein Cleve e. V., Cleve veranstaltete heute in Gelsenkirchen seinen 2. Renntag, der den Rehraus für den Pferdesport in Westdeutschland bedeutete. Gleich im ersten Rennen gab es eine gewaltige Überraschung, indem Nr. 2 eine Siegquote von 470 brachte. Desgleichen gab es im 2. Rennen bei dem Sieger eine Siegquote von 172. Im 3. Rennen gab es bei dem Sieger ein totes Rennen, und der Zufall wollte es, daß zugleich bei dem einen dieser Sieger eine Stallwette zustande kam. Im 7. Rennen, dem Rehrausrennen, stellten sich 18 Pferde dem Starter, Nr. 1, Siebenschläfer, kam sofort in Führung, die es bis zum Ziel mit gutem Vorsprung beibehielt. Die einzelnen Rennen brachten folgende Ergebnisse:

Entschädigungspreis. 700 Mark, 2000 Meter. 1. Engelhardts Brigant (Gillar), 2. Prachtkerl, 3. Die Zeit von Hamern. Tot. 470 Platz 50, 14, 22. Unpl. Kliedra, Otterna, Elf Boy jr., Götterdämmerung, Ernestine, Donator, Bello, Goldfink.

Tannen-Preis. 700 Mark, 2100 Meter. 1. Peleus Augenstern (Gillar), 2. Puppentanz, 3. Mary L. Tot. 142, Platz 47, 43. Unpl. Fräulein Starnberg, Dr. Ernst, Dirigent, Siebenschläfer.

Christbaum-Preis. 800 Mk., 2200 Meter. 1. Totes Rennen zwischen Gottschalks Josef (Bäcker) und Middelhoffs Kuser (Besitzer), 3. Elfenjunge. Tot. 20 für Nr. 5 und 6, 50 für Hilda Kuser. Pl. 20, 31, 134. Unp. Rakete, Eusebius, Kliedra, Jugland, Elfe Cambus, Schneevogt, Minuetto Waits, Inventur, Allüre, Carmen Sylva, Dietrich v. Bern, Bello, Veilchen v. Weitmar, Long Kätchen, Freiweg, Prodomo.

Weihnachtsmann-Preis. 900 Mk., 2100 Meter. 1. Höningers Maidor II (Sterhut), 2. Livius, 3. Immerfort. Tot. 78, Pl. 20, 62, 22. Unpl. d. S. Jola River, Short Bird, Jodipha, Dolina, Viel Glück, Hartstein, Kassier, Erster Walhaller, Braune Hexe, Diagonale, Peter.

Julklapp-Preis. 800 Mark, 2400 Meter. 1. Elfenjunge (Tetzmann), 2. Palmetto Silver. Tot. 60, Pl. 21, 18. Unpl. Elfe Cambus, Quelle, Freiweg, Hilda Kuser.

Winterruhe-Preis. 800 Mk., 2200 Meter. 1. Industries Puppentanz (Janken), 2. Rosie Watts, 3. Long Kätchen. Tot. 31, Pl. 20, 26, 60. Unpl. Alkohol, Rakete, Elf Boy jr., Fagott Bello (ohne Wetten), Hettie Emigre, Lebedame, Fräulein Starnberg, Veilchen v. Weitmar, Hildegard, Inventur, Secotter, Kalle.

Kehraus. 800 Mark, 2400 Meter. 1. Bolzens Siebenschläfer (Pütz), 2. Kassier, 3. Bernardus. Tot. 131, Pl. 26, 27, 16. Unpl. Carmen Silva, Dirigent P., Cäcilie Watts, Secotter, Justus, Palmetto, Silver, Jodipha, Kalle, Der Beste v. Wolfersom, Pegonia, Rosie Watts, Mentor, Dolina, Braune Hexe, Monika.

Straußberg sagt ab.

Infolge der schlechten Witterung wurde der für den 13. Dezember angesetzte Straußberger Renntag endgültig abgesagt. Der 17. Dezember bleibt dagegen nach wie vor als Austragungstag bestehen.

Radsport.

Das Newyorker Sechstagerennen. — Debaets-Belloni behaupten die Spitze.

Nach den Spurts am Donnerstagabend gab es wieder eine Reihe wilder Jagden, die äußerst hartnäckig durchgeführt wurden. In hervorragender Form befand sich die französische Mannschaft Faudet-Marcillac, die ihre Position wesentlich verbessern konnte und im Gesamtklassement noch ein ernstliches Wörtchen mitreden dürfte. Ein Vorstoß löste den andern ab und die Lage war zeitlich völlig unübersichtlich. Bei den Spurts in der Nacht von Donnerstag auf Freitag traten sich besonders Beckman, Goossens und Petri hervor. Debaets-Belloni, die in großer Form fahren, klang es, ihre beiden schärfsten Konkurrenten Spencer-Winter und Lands-van Neck abzuschütteln und wieder eine Runde Vorsprung zu gewinnen. Faudet-Marcillac haben sich vom 6. auf den 3. Platz vorgearbeitet. Petri-Hill liegen augenblicklich an 4. Stelle vor Land-van Neck, allerdings zwei Runden zurück. Am Freitagmorgen um 9 Uhr waren insgesamt 3022 Kilometer zurückgelegt. Um 5 Uhr früh waren die Mannschaften Horan-Madden, Hanley-Gafney und Coles-Fenn aus dem Rennen genommen worden.

Der Stand am Freitagvormittag um 9 Uhr war folgender: 1. Debaets—Belloni 155 Punkte; eine Runde zurück: 2. Spencer-Winter 137 Punkte; 3. Faudet—Marcillac 102 Punkte; 2 Runden zurück: 4. Petri—Hill 165 Punkte; 5. Lands—van Nek 120 Punkte; 3 Runden zurück: 6. Giorgetti-Mac Namara 167 Punkte; 7. Beckmann-Walker 135 Punkte; 8. Croley-Stockholm 110 Punkte; 10 Runden zurück: 9. Bello-Zuchetti 177 Punkte; 10. Aerts-Goossens 112 Punkte; 11 Runden zurück: 11. Wynsdau—Vermeerbergen 71 Punkte; 12 Runden zurück: 12. Kockler—Grimm 105 Punkte.

Das 1. Mailänder Sechstagerennen.

Tonani—Linari führen. Martinetti und P. Bergamini geben auf.

Mailand, 10. Dezember.

Die zweite Nacht im Mailänder Sechstagerennen brachte ein Ereignis. Die italienische Mannschaft Martinetti—Victor Bergamini fühlten sich außerstande, das Rennen fortzusetzen und stiegen vom Rade. Ihr Partner Wynsdau und M. Bergamini wurden zu einer neuen Mannschaft zusammengetan. Die Aufregung über diesen Zwischenfall war kaum verflogen, als das belgische Paar Buysse—Stockelynck zu einem großen Vorstoß ausholte, der von den sofort nachsetzenden übrigen Mannschaften nicht aufgehalten werden konnte. Nach einer Jagd von 50 Runden Dauer war das Vorhaben der Belgier geglückt; sie befanden sich mit den Spitzenreitern Dinale—Bestetti in gleicher Höhe. Gegen 8 Uhr abends brach Tonani aus dem Felde hervor und konnte, gut unterstützt von seinem Partner Linari, auf Vorsprung wegziehen. Nur Binda—Girardengo und Richli—Suter vermochten sich unter größten Anstrengungen an die Ausreißer heranzuarbeiten. Nach 46 Stunden waren 1282,60 Kilometer zurückgelegt.

Der Stand des Rennens: Linari—Tonani 123 Punkte; Binda—Girardengo 109 Punkte; Dinale—Bestetti 95 Punkte; Suter—Richli 64 Punkte; Buysse—Stockelynck 15 Punkte; eine Runde zurück: Bossi—Rizetto 114 Punkte; van Kempen—Piemontese 68 Punkte; Negrini—Fossati 66 Punkte; Carli—A. Ferrario 57 Punkte; Putzeis—Juferet 16 Punkte.

Automobilsport.

Die Auslands-Tourenfahrt des A. D. A. C. 1928.

Eine ähnliche Fahrt, wie die im vorigen Jahre zum Austrag gebrachte „Fünfländerfahrt" veranstaltet der A. D. A. C. auch in diesem Jahre, und zwar in westlicher Richtung. Als Termin ist die Zeit vom 11. bis 25. April vorgesehen, in der in 8 Tages-Etappen etwa 2700 Klm. zurückgelegt werden sollen. Am ersten Tage nimmt die Fahrt in Freiburg i. B. ihren Beginn und führt über 455 Klm. nach Genf. Am zweiten Tage geht die Fahrt nach dem 484 Klm. entfernt liegenden Nizza, und am dritten Tage an der Mittelmeerküste entlang über 205 Klm. nach Marseille. Von hier führt die Strecke über 288 Klm. nach Narbonne, um am nächsten Tage Bagneres de Luchon (289 Klm.) zu erreichen. Das Ziel des nächsten Tages ist das 247 Klm. entfernte Biarritz. Am sechsten Tage wird ein Abstecher nach San Sebastian vorgenommen, von wo die Reise wieder nach dort zurück über Tours (518 Klm.) führt. Dann folgt mit der 231 Klm. langen Strecke nach Paris die Schluß-Etappe der Auslands-Tourenfahrt.

Diener schlägt Breitensträter k. o.

Leipzig, 11. Dez. Der Boxkampf zwischen Franz Diener und Hans Breitensträter der im ausverkauften Leipziger Achilleion vor 10 000 Zuschauern vor sich ging, endete mit einem Siege des deutschen Schwergewichtsmeisters, der Breitensträter in der fünften Runde k. o. schlug.

Lose Blätter

Der streikende Hotelgast.

Herr Alexander Graham Miles hatte in einem sehr bekannten New Yorker Hotel eine Rechnung vorgelegt bekommen, die seiner Meinung nach ungerechtfertigte Posten aufwies. Aber sein Widerspruch hatte keinen Erfolg; man bedeutete ihm sogar, daß man ihn nicht eher aus der Hotelhalle entlassen werde, als bis er die strittige Rechnung bezahlt habe. Das wollte Miles aber nicht, und so verfiel er auf den Ausweg zu streiken. Er ging in sein Zimmer zurück, verbarrikadierte sich dort und erklärte, nicht eher vom Platze weichen zu wollen als bis man ihm entweder seine Rechnung entsprechend ermäßigt oder bis er die Differenz zwischen der Forderung und dem von ihm anerkannten Betrage „abgewohnt" habe. Das Interessante dabei ist, daß der streikende Hotelgast dieses Verfahren nun schon nahezu vierzehn Tage durchführt, obgleich er einen „Hungerstreik" damit verbinden mußte und nach seiner eigenen Aussage in dieser ganzen Zeit nur von Wasser und Nährsalzbistuits gelebt hat. Das Hotel ist von Scharen von Zeitungsberichterstattern umlagert, und man ist sehr gespannt auf den vorläufig noch ganz unsicheren Ausgang des originellen Streiks.

Der Pudding des Königs.

Georg V. von England hat einen Küchenchef, der eine bemerkenswerte Persönlichkeit ist. Er erfand einen Pudding, der jedes Jahr einmal dem König persönlich serviert wird, nämlich zu Weihnachten, und dessen Rezept bisher streng geheimgehalten wurde. Nun hat der König bestimmt, daß diesen Weihnachten jeder Engländer in der Lage sein soll, den Pudding des Königs zu genießen, und die Veröffentlichung des Rezeptes veranlaßt. Dieses Rezept sieht so aus: kanadische Äpfel, Weintrauben aus Südafrika, Fett von Hammeln aus Neuseeland, frische schottische Eier, nordindischer Zucker, Gewürznelken aus Sansibar, Wein aus Cypern, Rum aus Jamaika und amerikanisches Feinmehl. Man braucht das alles nur zusammenzutun und es kochen zu lassen — es schmeckt ausgezeichnet, und man hat einen Pudding, an dem alle fünf Erdteile mitgearbeitet haben.

Alte Pfefferkuchenpoesie.

Der Pfefferkuchen bildet seit Jahrhunderten schon viele Wochen vor Weihnachten den beliebtesten Leckerbissen von Jung und Alt. So alt, wie der Pfefferkuchen, so alt ist der Brauch, auf diesen schokoladenüberzogenen Herzen, Sternen, Figuren in weißem Zuckerguß poetische Sprüche anzubringen. Meist sind es wirkliche Kernsprüche, die ein vorzügliches Verständnis für die Verbrechen der Zeit offenbaren. So lautet einer:

Glaube, Liebe, Treue, Recht,
Die vier haben sich schlafen gelegt.
Wenn sie wieder auferstehn,
Wird's besser in der Welt aussehn.

Diese Verse, die auch auf die heutige Zeit passen könnten, stammen aus dem Jahre 1575 und wurden als „Alter Kuchenreimspruch" in einer Würzburger Chronik vom Jahre 1575 abgedruckt. Eine besondere Fundgrube für alte hübsche Pfefferkuchenverse und Sinnsprüche ist die Provinz Schlesien. Alte Breslauer Chroniken enthalten eine große Menge hübscher Gedanken, die in zierlichen Versen ausgedrückt sind und bestimmt waren, auf den Pfefferkuchen Platz zu finden. Einige seien hier angeführt:

Man sagt, es sei böse Zeyt;
So lieber sagen: böse Leut'!
Die Zeyten bleiben immer,
Die Leute werden schlimmer.

Aus diesem Sinnspruch geht hervor, daß schon damals die Klage über die böse Zeit an der Tagesordnung war. Meistens sind es Sprüche voller Gottvertrauen, wie z. B. folgender:

Gieb Segen und Gedeihen
Gesundheit und Genesen
Und laß mit Tugend weihen.
Die diesen Spruch tun lesen.

Gegen die Neidsucht der Menschen soll folgender Spruch wappnen:

Das Glück hat viele Neider,
Gott hilft doch immer weiter,
Sind der Neider noch so viel,
Gott macht, wie ers will.

Auch mit der Liebe beschäftigen sich die alten Pfefferkuchenverse. Gegen die heutige Zeit zeigt sich vielleicht manche Wandlung in dem Begriff Liebe, denn ein alter Weihnachtsspruch, der aus dem Rheinland stammt und auf den Pfefferkuchen des 16. Jahrhunderts zu lesen war, lautet folgendermaßen:

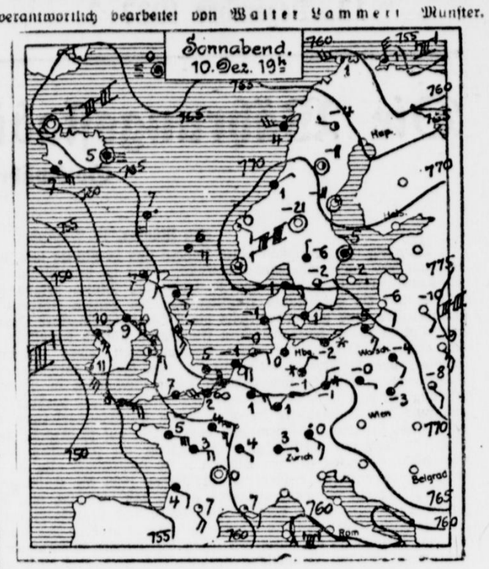
Tugend, Sitte, Ehrbarkeit,
Wird mit großer Lieb gefreyt.

Ein Liebesspruch der neuesten Zeit dagegen, die nüchterner ist, lautet:

Liebst du mich, so ist es schön,
Liebst mich nicht, dann kannste gehn.

Wetterdienst des Münsterischen Anzeigers

verantwortlich bearbeitet von Walter Lammert Münster.



Allgemeine Wetterlage Sonntag abend.

Die Luftdrucklage will jetzt scheinbar stärkeren Umlagerungen entgegengehen, denn wenn auch das Gesamtbild sich heute noch nicht wesentlich verändert hat, so sind doch gewisse Anzeichen im großatmosphärischen Strömungsbild zu bemerken, die auf die Dauer bedeutend werden können. Der wesentlichste Punkt dabei ist die Ausbreitung des über Westrußland und den Ostseeländern liegenden Kältehochdrucks nach Nordwesten, dem Nordmeer zu. Parallel damit geht eine nach Süden tendenzierte Verlagerung der ozeanischen Depressionen. Man kann damit rechnen, daß sich der Kern der Hochdruckluft nach dem Nordmeer entwickelt, während die westrussischen Länder von Depressionen bedeckt werden, die teils vom Polargebiet, teils aus dem Mittelmeergebiet heranziehen. Die Folge ist für Mitteleuropa jedenfalls Anhalten der Luftzufuhr aus kalten Gegenden, andernteils zunehmende Neigung zu Niederschlägen, die bei den herrschenden Temperaturverhältnissen wohl in Gestalt von Schnee erscheinen dürften.

Aussichten für Montag.

Bei scharfen östlichen Winden recht kalt, meist wolkig mit Neigung zu strichweisem Schneefall.

Wetterlage Münster Sonntag den 11. Dezember, 7 Uhr abends.

Temperatur im Schatten: —0,3 Grad C., höchste von gestern: 1,0 Grad C., tiefste der Nacht: —1,0 Grad C. Bodenwindrichtung: ONO. Stärke 4. Stundengeschwindigkeit: 26,5 Kilometer gleich 7,4 SM. bzw. 6 Kilogramm Winddruck auf 1 Quadratmeter Fläche. Höhenwinde: östlich. Witterung: bewölkt. Barometerstand: 763,1 Millimeter. Tendenz: fallend. Sicht 2 Uhr mittags: 50 Kilometer Luftlinie.

Das Wetter der Woche

Vorerst noch kalt.

Die graphische Darstellung des Verlaufes der Temperatur, des Luftdrucks und der Windrichtung zeigt eine auffallende Gleichmäßigkeit und Parallelität, wie wir sie nur selten um diese Jahreszeit finden. Wieder war für unsere Witterung in der letzten Woche ausschließlich der hohe Druck maßgebend, der sich über Ost- und Nordosteuropa aufgebaut hat und aus dessen Bereich zwar langsam, aber unaufhörlich kalte, schwere Ostluftmassen abflossen, um sich über die mitteleuropäischen Gebietsteile zu verteilen, die dementsprechend allgemein kaltes Wetter hatten, die Kälte war um so schwächer, je weiter sie nach Westen gelangte, sie wurde aber erst an der westeuropäischen Küste von Warmluftmassen überrannt, die die großen ozeanischen Sturmwirbel aus dem Süden heranzogen und über den Atlantik bis nach Grönland trugen; während der ganzen Zeit, wo auf dem Kontinent ruhiges Wetter war, stand der Ozean im Zeichen schwerster Winterorkane. — Die Kältewelle, die man nach der allgemeinen Lage für Deutschland erwarten mußte, hat sich nur auf die Gebiete östlich der Elbe beschränkt, wo die ganze Woche Frost bis 13 Grad herrschte. — Die heutige Druckverteilung zeigt nur wenig Änderung gegenüber den Verhältnissen der ganzen Woche. Der hohe Druck über dem Osten Europas scheint noch immer nicht an Verschwinden zu denken, ebenso machen die ozeanischen Wirbel keine sonderlichen Anstrengungen, den Kontinent in den Bereich ihrer Warmluftströmungen zu ziehen. Darum ist auch noch nicht der Zeitpunkt da, um an eine grundsätzliche Witterungsänderung zu denken, die in Form völligen Tauwetters bei westlichen Winden und Regenperiode zu erwarten wäre. Es spricht schon der Umstand dagegen, daß über SW-Europa und Südeuropa der Luftdruck gleichfalls niedrig ist und somit die Vorbedingungen für den Eintritt südwestlichen Windes vollkommen fehlen, vielmehr noch immer das Luftdruckgefälle von Osten nach Westen herrscht, das zu weiterem Heransaugen kalter Ostluft, zu östlichen Winden führt.

Die Aussichten für die kommende Woche sind also: Vorerst noch Anhalten des verhältnismäßig kalten Wetters mit Frösten und Fortdauer der Trockentendenz des Witterungscharakters, ob zu Ende der Woche eine grundsätzliche Änderung eintritt, läßt sich bei dem heutigen Stande der meteorologischen Wissenschaft bei der augenblicklichen Luftdrucklage keineswegs voraussagen. Die Neigung zu Schnee ist zur Zeit auch nur gering, darin kann allerdings rasch eine Änderung eintreten.

Handel und Volkswirtschaft.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago		10. 12.	9. 12.			10. 12.	9. 12.
Weizen	Dez.	129⅛	134	Hafer	Dez.	52⅜	56
	März	132⅜	128⅝		März	55¼	51⅞
	Mai	134⅜	132⅛		Mai	57¼	54⅛
Mais	Dez.	89	95⅜	Roggen	Dez.	103	103⅛
	März	94⅞	83⅛		März	103	107
	Mai	96⅜	92¼		Mai	109	108⅛

New-York		10. 12.	9. 12.			10. 12.	9. 12.
Weizen	Domestic Sept.	—	—	Weizen	Bonded Okt.	—	—
	Dez.	—	—		Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	10. 12.	9. 12.	New-York	10. 12.	9. 12.
Weizen			Weizen		
Rot. Som.-Wint. Nr. 2	—	—	Manitoba Nr. 1	158⅜	158⅝
Hart. „ „ „	133¾	—	Rot Som.-Wint. Nr. 2	150	149⅝
Gemischter Nr. 2	—	—	Hart. „ „ „	143	146½
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	131	—	Mais, neu ant. Ernte	103	102½
Mais, gelb Nr. 2	—	—	Roggen, Nr. 2 fob. N.Y.	121	132
Hafer